

# Materialien

für die 3. Tagung  
des 6. Stadtparteitages

## Heft 1

- Formalia -  
- 2. Entwurf Kommunalwahlprogramm -

am 16. Februar 2019  
im Veranstaltungsgebäude der LVB,  
Angerbrücke, Jahnallee 56

## **Inhaltsverzeichnis**

2	Inhalt
3	Tagesordnung und Zeitplan
4	Geschäftsordnung
6	Wahlordnung
8	Detailliertes Inhaltsverzeichnis 2. Entwurf Kommunalwahlprogramm
9	Die Stadt gehört allen!
11	1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit
14	2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben
25	3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung
29	4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen
32	5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt
35	6. Wir alle sind Leipzig – Für eine aktive Bürgerstadt
42	Impressum

## 1 **Vorläufige Tagesordnung**

- |    |     |   |
|----|-----|---|
| 2  | 1.  | Eröffnung und Begrüßung   |
| 3  | 2.  | Konstituierung der 3. Tagung des 6. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan) |
| 4  | 3.  | Rede des Vorsitzenden   |
| 5  | 4.  | Einbringung des zweiten Entwurfs des Kommunalwahlprogramms                    |
| 6  | 5.  | Bericht der Mandatsprüfungskommission   |
| 7  | 6.  | Anträge zum Kommunalwahlprogramm-Entwurf                                      |
| 8  | 7.  | Abstimmung des Kommunalwahlprogramms 2019                                     |
| 9  | 8.  | Vorstellung und Wahl einer Delegierten für den Bundesparteitag                |
| 10 | 9.  | Vorstellung und Wahl einer Vertreterin für den Landesrat 2019/2020            |
| 11 | 10. | Anträge   |
| 12 | 11. | Schlusswort   |

## 13 **Vorläufiger Zeitplan**

- |    |           |  |
|----|-----------|--|
| 14 | 9:30 Uhr  | Eröffnung und Begrüßung  |
| 15 | 9:40 Uhr  | Konstituierung der 2.Tagung des 6. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan) |
| 16 | 9:50 Uhr  | Rede des Vorsitzenden  |
| 17 | 10:10 Uhr | Einbringung des zweiten Entwurfs des Kommunalwahlprogramms                   |
| 18 | 10:25 Uhr | Bericht der Mandatsprüfungskommission  |
| 19 | 10:30 Uhr | Anträge zum Kommunalwahlprogramm-Entwurf                                     |
| 20 | 12:30 Uhr | Mittagspause   |
| 21 | 13:00 Uhr | Anträge zum Kommunalwahlprogramm-Entwurf (Fortsetzung)                       |
| 22 | 15:00 Uhr | Abstimmung des Kommunalwahlprogramms 2019                                    |
| 23 | 15:05 Uhr | Vorstellung und Wahl einer Delegierten für den Bundesparteitag               |
| 24 | 15:15 Uhr | Vorstellung und Wahl einer Vertreterin für den Landesrat 2019/2020           |
| 25 | 15:30 Uhr | Anträge  |
| 26 | 16:00 Uhr | Schlusswort  |

## 1 Geschäftsordnung

- 2 1. Der Stadtparteitag wählt in ofener Abstimmung mit einfacher Mehrheit eine Tagungsleitung.  
3 Sie besteht aus mindestens sechs und maximal zehn Delegierten und ist quotiert zu wählen.  
4 Sie ist für die Einhaltung der Geschäftsordnung verantwortlich und bestimmt aus ihrer Mitte  
5 die Versammlungsleiter\*innen. Mindestens zur Hälfte der Zeit wird der Parteitag von einer  
6 Genossin geleitet.
- 7 2. Die Mandatsprüfungs-, Antrags- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit  
8 einfacher Mehrheit gewählt.
- 9 3. Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Gültigkeit von Delegierungen. Wird in  
10 Ortsverbänden/Zusammenschlüssen die Mindestquotierung von 50 % Frauen nicht  
11 eingehalten, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt. Liegt der Frauenanteil  
12 bei weniger als 25 Prozent, können Ausnahmen anerkannt werden, wenn ein Beschluss des  
13 Ortsverbandes dazu vorliegt. Der Frauenanteil darf bei einer solchen Ausnahme gemäß §10  
14 Abs. 4 der Bundessatzung jedoch nicht unter dem Frauenanteil des Ortsverbandes zum 31.  
15 Dezember des Vorjahres liegen.
- 16 4. Die Mandatsprüfungskommission berichtet über die Beschlussfähigkeit des Parteitages. Sie  
17 ist gegeben, wenn mindestens 50 % der Delegierten Frauen und mehr als 50 % der  
18 Delegierten anwesend sind. Basis für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmelde Listen  
19 der Mandatsprüfungskommission.
- 20 5. Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem Stellvertreter\*in  
21 sowie mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen Wahldurchführung kann  
22 sie Helfer\*innen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen. Mitglieder der  
23 Wahlkommission, die selbst kandidieren, scheidern aus der Wahlkommission aus. Wird in  
24 diesem Fall die Mindestzahl von sieben Mitgliedern der Wahlkommission unterschritten, ist  
25 umgehend durch den Stadtparteitag nachzuwählen.
- 26 6. Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig und  
27 schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.
- 28 7. Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem  
29 Zeitplan geregelt. Eine Veränderung der Tagesordnung und des Zeitplanes während des  
30 Stadtparteitages bedarf der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Delegierten. Einen Antrag  
31 auf Abschluss der Debatte können nur Delegierte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt  
32 noch nicht gesprochen haben. Vor dieser Abstimmung wird die Redner\*innenliste bekannt  
33 gegeben.
- 34 8. Delegierte haben Beschluss- und Rederecht. Teilnehmende Mitglieder der Fraktion DIE LINKE  
35 im Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag, im Leipziger Stadtrat sowie Mitglieder der  
36 Partei DIE LINKE. Leipzig haben Rederecht.

- 37 9. Die Tagungsleitung erteilt das Wort in der Reihenfolge der schriftlich einzureichenden  
38 Wortmeldungen und unter Berücksichtigung der Quotierung. Sie kann auch Gästen das Wort  
39 erteilen. Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt fünf Minuten. Wird eine  
40 Verlängerung der Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit einfacher  
41 Mehrheit. Innerhalb einer Debatte kann niemand mehr als zweimal das Wort erhalten.
- 42 10. Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag eingebracht  
43 werden. Dringlichkeitsanträge sind Anträge, deren Gegenstand sich erst nach dem  
44 beschlossenen Antragsschluss des Stadtparteitages ergeben hat. Die Dringlichkeit ist zu  
45 begründen. Initiativanträge sind Anträge, die sich unmittelbar aus dem Verlauf des  
46 Stadtparteitages ergeben. Sie bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 15 Delegierten.  
47 Zur Begründung des Antrages erhalten die Antragsteller\*innen das Wort. Die Redezeit beträgt  
48 drei Minuten. Vor der Abstimmung über einen Antrag kann ein/e Redner\*in dagegen und  
49 eine/r dafür sprechen. Die Redezeit beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der  
50 Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Delegierte können nach einer Abstimmung oder einer  
51 Wahl persönliche Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei Anträgen  
52 auf eine begrenzte Debatte sind Inhalt und Zeitumfang vorzuschlagen.
- 53 11. Anträge zur Geschäftsordnung können durch Delegierte mündlich gestellt werden. Das Wort  
54 dazu wird außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen erteilt. Vor der  
55 Abstimmung besteht die Möglichkeit zunächst einer Gegen- und anschließend einer Fürrede.  
56 Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst nach Abschluss der Behandlung des  
57 ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.
- 58 12. Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der  
59 anwesenden Delegierten gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die  
60 Abstimmung erfolgt durch das Heben der Delegiertenkarte.
- 61 13. Nach Referaten, Berichten und Diskussionsbeiträgen können bis zu drei Nachfragen zu je  
62 einer Minute gestellt werden. Jede Nachfrage darf mit einer Redezeit von zwei Minuten  
63 beantwortet werden.
- 64 14. Das Ergebnisprotokoll des Stadtparteitages ist den Delegierten spätestens drei Wochen nach  
65 der Tagung zu übermitteln und den Mitgliedern des Stadtverbandes in geeigneter Weise  
66 zugänglich zu machen.

## 1 **Wahlordnung**

- 2 1. In geheimer Wahl werden gewählt:
  - 3 • die/der Vorsitzende des Stadtverbandes
  - 4 • die zwei Stellvertreter\*innen der/des Vorsitzenden
  - 5 • die/der Schatzmeister\*in
  - 6 • die weiteren Mitglieder des Stadtvorstandes
  - 7 • die Mitglieder der Finanzrevisionskommission
  - 8 • die Delegierten zum Landes- und Bundesparteitag
  - 9 • die Vertreter\*innen für den Landesrat
- 10 2. Wahlberechtigt sind die Delegierten zum 6. Stadtparteitag der Partei DIE LINKE. Leipzig.
- 11 3. Die Aufstellung der Kandidierendenliste erfolgt durch die Tagungsleitung. Alle Delegierten  
12 haben das Recht, sich selbst oder andere teilnehmende Mitglieder des Stadtverbandes  
13 Leipzig der Partei DIE LINKE für die Kandidatur vorzuschlagen. Über den Abschluss von  
14 Kandidierendenlisten entscheidet nach Antrag der Tagungsleitung die Versammlung mit  
15 einfacher Mehrheit.
- 16 4. Die Delegierten haben das Recht, Fragen an die Kandidierenden zu stellen, die  
17 Kandidierendenvorschläge zu unterstützen oder Einwände zu erheben.
- 18 5. Können Kandidierende nicht selbst anwesend sein, muss ihre Bewerbung schriftlich  
19 vorliegen. In diesem Fall können Fragen durch eine Person des Vertrauens beantwortet  
20 werden. Jede Nachfrage darf mit einer Redezeit von zwei Minuten beantwortet werden.
- 21 6. Über die parallele Durchführung von Wahlgängen zu unterschiedlichen Parteiämtern und  
22 Mandaten entscheidet die Versammlung auf Vorschlag der Wahlleiterin bzw. des Wahlleiters.
- 23 7. Zur Realisierung der Geschlechterquotierung ist zunächst ein erster Wahlgang ausschließlich  
24 für Kandidatinnen durchzuführen. In einem zweiten allgemeinen Wahlgang, der für alle  
25 Kandidierenden offen ist, werden dann die restlichen Mandate vergeben. Als gewählt gelten  
26 die Kandidierenden mit den meisten Stimmen.
- 27 8. Zur Wahl von Ersatzdelegierten finden keine gesonderten Wahlgänge statt. Als Ersatz-  
28 delegierte sind alle weiteren Bewerber/innen in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl gewählt.  
29 Die Position als Nachrückerin auf der Frauenliste berührt nicht das Recht auf der  
30 gemischten Liste anzutreten.
- 31 9. Bei Stimmgleichheit ist eine Stichwahl notwendig, wenn es um den jeweils letzten zu  
32 vergebenden Platz geht.

- 33 10. Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder umfasst. Für  
34 die Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine Jugendquote von 20 %.  
35 Jugendliche in diesem Sinne sind Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet  
36 haben. Innerhalb dieser Jugendquote muss die Geschlechterquotierung eingehalten werden.
- 37 11. Die Delegierten verfügen bei jeder Wahl über so viele Stimmen, wie zu vergebende Plätze  
38 vorhanden sind. Es müssen nicht alle Stimmen ausgeschöpft werden.
- 39 12. Bei der Wahl der/des Vorsitzenden gilt die/derjenige als gewählt, die/der mehr als 50  
40 Prozent der Stimmen der anwesenden Delegierten erhält. Sollte im ersten Wahlgang  
41 niemand die absolute Mehrheit erhalten, gehen die beiden bestplatzierten Kandidat\*innen  
42 in einen zweiten Wahlgang. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen erhält. Bei  
43 Stimmgleichheit finden weitere Wahlgänge statt. Die Wahl der Stellvertreter\*innen und  
44 des/der Schatzmeister\*in erfolgt nach dem gleichen Verfahren.
- 45 13. Die Wahl wird durch die vom Stadtparteitag gewählte Wahlkommission geleitet. Über jede  
46 durchgeführte Wahl fertigt die Wahlkommission ein Protokoll an. Wahlleiter/Wahlleiterin,  
47 zwei Mitglieder der Wahlkommission und einem Vertreter der Versammlungsleitung  
48 unterzeichnen es. Die Wahlergebnisse sind in geeigneter Form zu veröffentlichen.

**Inhaltsverzeichnis**

**Die Stadt gehört allen!.....9**

Präambel..... 9

1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit..... 11

    1.1. Gute Arbeit – gute Löhne, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung, prekäre Beschäftigung zurückdrängen..... 11

    1.2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen..... 12

    1.3. Solide kommunale Unternehmen als Garanten zuverlässiger Infrastruktur und Daseinsvorsorge..... 13

    1.4. Zukunft finanzieren durch solides Haushalten..... 13

2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben..... 14

    2.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht..... 14

    2.2. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche..... 15

        2.2.1. Eine gute Kita-Betreuung für alle Kinder..... 16

        2.2.2. Für gute Schule und Bildung..... 17

        2.2.3. Umfassende Unterstützung und Förderung von Familie, Kindern und Jugendlichen. 18

    2.3. In Leipzig studieren und forschen..... 19

    2.4. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter..... 20

    2.5. Gleichstellung aller Geschlechter..... 21

    2.6. Inklusives Denken und Handeln fördern..... 22

    2.7. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege..... 23

    2.8. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention..... 23

3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung..... 25

    3.1. Für eine *zügige und soziale* Energiewende und klimagerechte Stadtentwicklung..... 25

    3.2. Leben in einer Grünen Stadt..... 26

    3.3. Freiräume erhalten und Bauflächen verantwortungsvoll nutzen..... 27

    3.4. Soziale Bodenpolitik kontra Grundstücksspekulation..... 27

    3.5. Global denken – lokal Handeln..... 28

4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen..... 29

    4.1. Bezahlbares *Wohnen* für alle!..... 29

    4.2. Gesellschaftliche Verantwortung der LWB stärken..... 30

    4.3. Wohnungsgenossenschaften – wichtige Partner..... 30

    4.4. Geschosswohnungsbau ankurbeln..... 30

    4.5. Standards im Geschosswohnungsbau halten..... 31

    4.6. Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit..... 32

5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt..... 32

    5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken..... 33

    5.2. Fußverkehr fördern..... 33

    5.3. Radverkehr ausbauen..... 34

    5.4. Autoverkehr vermeiden..... 35

6. Wir alle sind Leipzig – Für eine aktive Bürgerstadt..... 35

    6.1. Stadtgesellschaft lebt von der Mitwirkung der Bürger – auch im digitalen Zeitalter..... 36

    6.2. Leipzig schreibt lebendige Geschichte..... 37

    6.3. Kultur auf allen Ebenen..... 37

    6.4. Für eine sportliche Zukunft – von der Breite bis zur Spitze..... 39

    6.5. Moderne und bürgernahe Verwaltung..... 41

# Die Stadt gehört allen!

## Programmwurf der Partei DIE LINKE. Leipzig für die Kommunalwahl 2019

Stand vom 09.01.2019

4 Einreicher: Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig (Ergänzungen zur Version von 3.10.2018 sind **fett.**)

### 5 **Präambel**

6 Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,<sup>1</sup>

7 am 26. Mai 2019 finden die Wahlen zum Leipziger Stadtrat und zu den Ortschaftsräten statt. Sie  
8 haben damit erneut die Chance, darüber zu entscheiden, wie sich unsere Stadt in den nächsten  
9 Jahren entwickelt. DIE LINKE ist eine alternative, bürgernahe Gestaltungspartei mit Ratsmitgliedern,  
10 die aus der Mitte der Stadtgesellschaft kommen und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger  
11 genau kennen. Mit diesem Anspruch laden wir Sie herzlich ein, das vorliegende Wahlprogramm  
12 kritisch zu prüfen und mit uns gemeinsam die Zukunft Leipzigs zu gestalten. Unsere Vorstellungen  
13 für eine soziale und solidarische Stadt im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gründen auf einem  
14 realistischen und finanzierbaren Konzept. Unsere humanistischen Werte sind soziale Gerechtigkeit,  
15 Selbstbestimmung, solidarisches Miteinander, Weltoffenheit und ökologische Nachhaltigkeit. Auf  
16 dieser Grundlage unterbreitet DIE LINKE ein in sich geschlossenes, in die Zukunft weisendes  
17 Wahlprogramm, das die Herausforderungen, vor denen die Stadt Leipzig insgesamt steht, in den  
18 Blick nimmt und Lösungen anbietet. Ihre Stimme für unsere Partei lohnt sich. Unsere Bilanz der  
19 jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode von 2014-2019 kann sich sehen lassen: mit mehr als 130  
20 Anträgen und nahezu 300 Anfragen ist die Linksfraktion die aktivste im Leipziger Stadtrat. Mit  
21 vielfältigen Initiativen haben wir uns für eine soziale, demokratische, kulturelle und nachhaltige  
22 Entwicklung Leipzigs stark gemacht. Zu einem unserer größten Erfolge gehört sicherlich der Stopp  
23 der Preisspirale für den ÖPNV in Leipzig. Dank unserer Initiative werden die Ticketpreise in den  
24 Jahren 2019 und 2020 stabil bleiben. Im Zusammenwirken mit unseren beiden Bürgermeistern  
25 konnten wir viele Vorhaben erfolgreich umsetzen, wie z. B. die weitere Sanierung der Musikalischen  
26 Komödie, den Ausbau von Sportstätten und den Erhalt öffentlichen Eigentums. Wir haben uns  
27 erfolgreich für den Stopp des Verkaufs kommunaler Liegenschaften zur Haushaltsanierung  
28 eingesetzt. Ohne uns würde es weder eine Gästetaxe als sozial verträgliche Einnahmequelle für die  
29 Stadt noch zusätzlich 100 Millionen Euro für Schulbau geben. Zu unseren wichtigen in der zu Ende  
30 gehenden Wahlperiode energisch verfochtenen Anliegen zählte der Bürgerentscheid zum Einheits-  
31 und Freiheitsdenkmal oder die rechtliche Gleichstellung der Stadtbezirksbeiräte gegenüber den  
32 Ortschaftsräten. Leider gelang es nicht, im Stadtrat dafür fraktionsübergreifend die erforderlichen  
33 politischen Mehrheiten zu mobilisieren.

1 Auch wenn wir im Text von „Leipzigerinnen und Leipzigern“ oder „Erzieherinnen und Erziehern“ usw. schreiben,  
2 erkennen wir selbstverständlich alle anderen Geschlechter, die sich nicht in das vorherrschende gesellschaftliche  
3 Modell der zwei Geschlechter „Frau“ und „Mann“ einordnen, an. Im Sinne der besseren Lesbarkeit im Wahlprogramm  
4 haben wir uns für die obige Schreibweise entschieden.

34 In der nächsten Wahlperiode bleibt für eine starke LINKE viel zu tun, denn die oft geäußerte  
35 Feststellung, Leipzig sei eine wachsende Stadt, appelliert an ein Lebensgefühl, ist aber noch kein  
36 politisches Konzept. Das rasante Wachstum Leipzigs bringt nämlich auch gravierende Probleme mit  
37 sich, insbesondere beim Ausbau der sozialen und kommunalen Infrastruktur wie Kita, Öffentlicher  
38 Personennahverkehr (ÖPNV), Schulen, Straßenerhaltung, Verwaltung, Wohnungen usw. Parallel  
39 steht Leipzig vor gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen wie der Integration von Geflüchteten,  
40 den auch 30 Jahre nach der Wende spürbaren Unterschieden zwischen Ost und West, der  
41 zunehmenden Aushöhlung der Demokratie oder der fortschreitenden Digitalisierung. Auch in  
42 Leipzig spüren viele Menschen, die Verhältnisse im neoliberalen Kapitalismus werden rauer.  
43 Ohnmachtsgefühle und Ratlosigkeit auf der einen, Wut und Aggressionen auf der anderen Seite,  
44 nehmen in Teilen der Stadtgesellschaft zu. Dieser Stimmungswandel wird von völkisch-autoritären  
45 Kräften aufgegriffen und instrumentalisiert, ein politischer Rechtsruck ist die Folge. Damit steht DIE  
46 LINKE als antifaschistische Partei, die allen Formen von Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit,  
47 Demokratieverachtung, Homophobie, Neonazismus und Rassismus konsequent entgegentritt, vor  
48 großen Herausforderungen.

49 Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre und dem damit verbundenen Rückgang der  
50 Arbeitslosigkeit gewann Leipzig weit über die Landesgrenzen enorm an Attraktivität – nicht nur der  
51 Zuzug und der damit verbundene massive Bevölkerungsanstieg zeugen davon. Doch nicht alle  
52 haben in gleichem Maße von dieser positiven Entwicklung profitiert. Viele Menschen, darunter auch  
53 zahlreiche Alleinerziehende, leben nach wie vor unter prekären Bedingungen. Die Einkommen der  
54 meisten Leipzigerinnen und Leipziger hinken immer noch deutlich vergleichbaren Städten im  
55 Westen hinterher; **Leipzig ist die bundesdeutsche Großstadt mit der zweithöchsten**  
56 **Armutquote** (ca. 22 Prozent der Bevölkerung). Darüber hinaus arbeitet rund ein Drittel der  
57 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – davon ein Großteil Frauen – im Niedriglohnsektor.  
58 Kinderarmut und ansteigende Altersarmut sind bittere Realität in unserer Stadt.  
59 DIE LINKE kämpft energisch für eine angemessene Würdigung der Lebensleistung aller Menschen –  
60 nicht nur in Worten, sondern tatsächlich für jedermann erreichbar und überprüfbar. Die soziale  
61 Spaltung der Stadtgesellschaft und deren aktive Bekämpfung ist das zentrale Thema für uns. Hier  
62 setzt unsere Politik an. Dabei wissen wir, dass die finanzielle Basis Leipzigs begrenzt und weiterhin  
63 sehr stark von den Rahmenbedingungen in der EU, im Bund und im Land abhängig ist. Um eine  
64 zukunftsfähige Infrastruktur und die kommunale Daseinsvorsorge auch für die folgenden  
65 Generationen zu gewährleisten, sind daher sowohl Veränderungen dieser Finanzbeziehungen als  
66 auch der städtischen Haushaltspolitik notwendig. Insbesondere die einseitige Entschuldungspolitik  
67 durch die Rathausspitze muss aufgegeben und in der Investitionspolitik erheblich umgesteuert  
68 werden, um diese Ziele zu erreichen.

69 Dieses Kommunalwahlprogramm versteht sich nicht nur als Wahl-, sondern auch als  
70 Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat. Es orientiert sich an der sozialen  
71 Teilhabe und am weiteren Fortschritt der Lebensqualität für alle Leipzigerinnen und Leipziger. Es ist  
72 ebenso realistisch wie anspruchsvoll und wendet sich ausdrücklich auch an die Menschen, denen  
73 nach vielen unbefriedigenden Entwicklungen der letzten Jahre der Schwung eines lohnenden  
74 Engagements und der Mut zu herangereiften Veränderungen zurückgegeben werden soll. Denn die  
75 Stadt gehört allen!

## 76 **1. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit**

77 Linke Kommunalpolitik kann auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wichtige Impulse geben  
 78 und Weichen zum notwendigen Umsteuern stellen. Die wesentlichen politischen Entscheidungen  
 79 fallen jedoch auf der Landes-, Bundes- und europapolitischen Ebene. Aber wir können den  
 80 kommunalpolitischen Handlungsspielraum nutzen, um in unserer Stadt andere politische  
 81 Entscheidungen zu treffen.

82 Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Kampf um eine andere Verteilung des  
 83 gesellschaftlichen Reichtums, um gute Arbeitsbedingungen, armutsfeste Löhne und Renten wird vor  
 84 allem durch die Erwerbstätigen selbst und ihre Gewerkschaften vorangetrieben.

85 Trotz des deutlichen Rückgangs bei den offiziellen Arbeitslosenzahlen in Leipzig beeinträchtigen  
 86 Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und unfreiwillige Teilzeitarbeit die Einkommenssituation,  
 87 die materielle Absicherung und Lebensplanung der Betroffenen. Und dies schwächt auch die  
 88 Kaufkraft und das Steueraufkommen.

### 89 **1.1. Gute Arbeit – gute Löhne, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildung, prekäre** 90 **Beschäftigung zurückdrängen**

91 Um unsichere Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu  
 92 reduzieren, kommt der Stadt Leipzig und ihren Eigenbetrieben und Unternehmen eine besondere  
 93 Rolle zu. Zum einen für die dort Beschäftigten, zum anderen als wichtiger Auftraggeber im  
 94 regionalen Wirtschaftskreislauf kann sie direkt für diese Ziele tätig werden bzw. mittelbar deren  
 95 Durchsetzung zu einem Kriterium machen.

96 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 97 • die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt,  
 98 auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen
- 99 • eine Tarifbindung, wo sie noch nicht existiert
- 100 • die Ersetzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch  
 101 reguläre Arbeitsverhältnisse; Teilzeitbeschäftigten ist die Rückkehr in  
 102 Vollzeitverhältnisse zu ermöglichen
- 103 • den Erhalt und Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den  
 104 kommunalen Gesellschaften
- 105 • die Bildung eines Ausbildungsverbands der Stadt, der kommunalen Eigenbetriebe und  
 106 Gesellschaften für die Ausbildung in Kammerberufen
- 107 • die Förderung der Zusammenarbeit mit kleinen Unternehmen in der Stadt in der  
 108 Berufsausbildung
- 109 • Chancengleichheit bei der Vergabe von geeigneten Ausbildungsplätzen für Abgänger aller  
 110 Schulformen
- 111 • die Entwicklung eines Leipziger Gütesiegels „Faire Arbeit – faire Ausbildung“ mit den  
 112 Kammern und Gewerkschaften
- 113 • die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit  
 114 sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen, unter  
 115 Einbeziehung des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf
- 116 • die konsequente Nutzung von Mitteln aus dem Programm „JobPerspektive Sachsen“ für die  
 117 Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt

- 118 • die Entsendung von Mitgliedern des Stadtrats in die Trägerversammlung des Jobcenters zur  
119 stärkeren Einbindung in die Verantwortung für dieses Politikfeld
- 120 • die Einhaltung aller Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei  
121 öffentlichen Aufträgen
- 122 • die Berücksichtigung sämtlicher Kosten während der kompletten Nutzungsdauer des  
123 Produkts oder Dienstleistungen und die Verpflichtung der Bieterinnen und Bieter,  
124 anerkannte Umwelt-Gütezeichen vorzulegen.

## 125 **1.2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren und für alle nutzen**

126 Wir wollen, dass die Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit dazu dienen, die Teilhabe aller am  
127 gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und der Stadt die notwendigen Einnahmen für die  
128 Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Dazu soll die eigene Wirtschaftskraft gestärkt  
129 werden. Zu ihrer Zukunftsfähigkeit gehören qualifizierte Bildung, Ausbildung und Weiterbildung und  
130 eine leistungsfähige Daseinsvorsorge ebenso wie die öffentliche Infrastruktur und Verwaltung.

131 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 132 • die Entwicklung der Kooperation vor allem in der Region Leipzig-Halle-Jena-Gera und die  
133 Stärkung dieser Metropolregion Mitteldeutschland
- 134 • eine Vereinbarung mit allen Beteiligten in der Region über gemeinsame ökologische und  
135 soziale Kriterien z. B. bei künftigen Neuansiedlungen
- 136 • die regelmäßige Überprüfung der bisher praktizierten Netzwerk-Strategie (Cluster),  
137 insbesondere unter dem Aspekt, was sie zur Stärkung lokal und regional verankerter  
138 Unternehmen und Betriebe beiträgt
- 139 • **Kooperationsvereinbarungen** in den Clustern Energie und Umwelttechnik,  
140 Gesundheitswirtschaft und Medien- und Kreativwirtschaft zwischen wissenschaftlichen  
141 Einrichtungen und ortsansässigen Betrieben, insbesondere kommunalen Unternehmen **auf**  
142 **dem Gebiet der Forschung und Entwicklung**
- 143 • **eine Vergabepolitik der** Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer die  
144 stärker ökologische und soziale Nachhaltigkeit **fördert**
- 145 • die gezielte Förderung neuer Betriebe, **vor allem** auf genossenschaftlicher Grundlage, durch  
146 Beratung und die Vergabe von Zuschüssen und Krediten
- 147 • die Förderung des regionalen Mittelstandes durch die Bildung von kleineren Losgrößen bei  
148 Investitionen und Auftragsvergaben (**gewerkebezogene Fachlosvergabe**)
- 149 • die Abwicklung öffentlicher Aufträge durch die Verwaltung; diese muss so organisiert  
150 werden, dass kleinere Betriebe nicht in **Zahlungsschwierigkeiten** geraten
- 151 • die Unterstützung von Betriebsübernahmen vor allem im Handwerk durch fachlich geeignete  
152 Nachwuchskräfte; notwendige Nachqualifizierungen werden durch die Wirtschaftsförderung  
153 in Zusammenarbeit mit den Kammern gefördert
- 154 • die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien bei der Förderung von  
155 Unternehmensansiedlungen
- 156 • die ausschließlich friedliche Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle und ein generelles  
157 Nachtflugverbot.

158 **1.3. Solide kommunale Unternehmen als Garanten zuverlässiger Infrastruktur und**  
159 **Daseinsvorsorge**

160 Leistungsfähige kommunale Unternehmen sind Garanten einer zuverlässigen öffentlichen  
161 Infrastruktur und der Daseinsvorsorge. Die in der kommunalen Management-Holding Leipziger  
162 Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) zusammengefassten drei Unternehmen Leipziger  
163 Stadtwerke, Leipziger Verkehrsbetriebe und Leipziger Wasserwerke sowie die Leipziger  
164 Wohnungsbaugesellschaft (LWB) und die Stadtreinigung Leipzig ermöglichen auch für die Zukunft  
165 Versorgungssicherheit in den Bereichen Wohnen, Energie, Wasser, Abwasser, Abfallentsorgung und  
166 Verkehr. Wir erwarten bei der Erfüllung dieser Aufgaben Ressourcenschonung durch Minimierung  
167 von Rohstoff- und Energieeinsatz und die Verwendung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer  
168 Energien.

169 Wir stehen deshalb weiterhin für den Erhalt und den Ausbau kommunalen Eigentums, der  
170 öffentlichen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge.

171 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 172 • die Rekommunalisierung (teil)privatisierter Unternehmen und Einrichtungen, die für  
173 die öffentliche Infrastruktur von Bedeutung sind, wie zum Beispiel Abfalllogistik Leipzig
- 174 • Investitionen in die Infrastruktur der Stadt in öffentlicher Hand; Öffentlich-Private  
175 Partnerschaften lehnen wir ab.

176 **1.4. Zukunft finanzieren durch solides Haushalten**

177 Untrennbar verknüpft mit der wachsenden Großstadt sind die von der Verwaltung bisher nicht  
178 bezifferbaren finanziellen Herausforderungen, darunter der Abbau des milliarden schweren  
179 Investitionsstaus. Dieser umfasst allein bei den Stadt-, Wasser - und Verkehrsbetrieben ein  
180 geschätztes Volumen von 3,6 Mrd. Euro bis 2030. Nicht nur darum wird Leipzig seine Finanzpolitik  
181 entscheidend ändern müssen. Ein weiterer Grund: zwar stiegen in den letzten Jahren (2012-2016)  
182 die Steuereinnahmen um ca. 185 Mio. Euro auf ca. 604 Mio. Euro, allerdings wuchsen die  
183 Aufwendungen im Vergleichszeitraum mit 265 Mio. Euro erheblich schneller. Damit wird Leipzig  
184 auch in Zukunft von steigenden finanziellen Transferleistungen abhängig bleiben.

185 Unverzichtbar sind deshalb radikale Änderungen in der Zuweisungspolitik des Freistaates Sachsen  
186 an die Kommunen. Es ist z. B. nicht hinzunehmen, dass seit Jahren das Land die Fördermittel der  
187 Europäischen Union für die Stadtentwicklung sowie die Bundeszuweisungen für den Nahverkehr  
188 und für den Ausbau von Kindertagesstätten nur gekürzt an die Kommunen weiterreicht; in den  
189 vergangenen Jahren wurden durchschnittlich weniger als 10 Prozent der Kitabauinvestitionen durch  
190 Fördermittel abgedeckt. Leipzig muss alle Kräfte einsetzen, um zu verhindern, dass der Freistaat  
191 auf Kosten der Kommunen seinen Entschuldungskurs fortsetzt und sich auch auf Kosten des  
192 Haushaltes der Stadt saniert.

193 Sofern Bund und Land ihrer Aufgabe der ausreichenden Finanzierung der Kommunen weiterhin  
194 nicht nachkommen, muss zugleich die Verwaltungsspitze ihre kurzsichtige Entschuldungspolitik  
195 hinsichtlich der beschlossenen und künftig notwendigen Investitionen u.a. in Schulen, Kitas und  
196 öffentlichen Nahverkehr aufgeben. Diese führte und führt zur Bevorzugung von Investorenmodellen  
197 mit unkündbaren 25-jährigen Mietverträgen beispielsweise im Kitabau und damit zwangsläufig zu  
198 Kosten bis in dreifacher Höhe im Vergleich zum Eigenbau. Hier fordern wir eine grundsätzliche  
199 Kurskorrektur der Verwaltung für mehr Generationengerechtigkeit. Dabei ist besonders wichtig,  
200 dass in der Verwaltung die Voraussetzungen geschaffen werden, nicht nur wie bisher jährliche  
201 Investitionen in Höhe von etwa 180 Mio. Euro, sondern ein geplantes Investitionsvolumen von

202 durchschnittlich 250 Mill. Euro (Haushalt 2017/18) zuzüglich der nicht umgesetzten Investitionen  
203 aus den Vorjahren in Höhe von 300 Mill. Euro zu realisieren. Dafür fordern wir ausreichendes  
204 Personal und zukunftsfähige Strukturen. Nur so ist solide Haushaltspolitik möglich, an der wir auch  
205 künftig festhalten.

206 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 207 • die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem  
208 geltenden Grundsatz: wird eine Leistung durch den Gesetzgeber bei der Kommune bestellt,  
209 ist diese von dort im vollen Umfang zu bezahlen
- 210 • eine transparente städtische Haushaltspolitik unter aktiver Mitwirkung der Bürgerschaft, z.  
211 B. durch Einführung eines tatsächlichen Bürgerhaushaltes
- 212 • den Vorrang der Eigeninvestition vor Investorenmodellen mit langfristigen, unkündbaren  
213 Mietverträgen; Investitionen durch Dritte nur im begründeten Ausnahmefall
- 214 • die Einführung eines dezernats- und ämterübergreifenden Fördermittelmanagements, um  
215 dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren und die Vergabe der knappen  
216 Mittel strategisch sinnvoll und effektiv zu gestalten
- 217 • den vehementen Einsatz der Verwaltungsspitze, unter Ausschöpfung aller rechtlichen  
218 Möglichkeiten, für eine gerechte Mittelzuweisung des Freistaates Sachsen an Leipzig
- 219 • eine Investitionspolitik und ihre Einzelmaßnahmen, die durch die notwendigen personellen  
220 und strukturellen Voraussetzungen auch umgesetzt werden kann; das schließt verlässliche  
221 Planzahlen für die Höhe der Investitionen ein.

## 222 **2. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben**

223 Für DIE LINKE gehört der Kampf um soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu den  
224 unverwechselbaren Grundwerten. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre ist  
225 Leipzig im bundesweiten Vergleich weiterhin eine Armutshochburg, viele Menschen leben hier unter  
226 prekären Bedingungen. Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft vertieft sich laut dem Leipziger  
227 Sozialreport 2017. Damit untrennbar verknüpft sind Folgewirkungen wie beispielsweise die  
228 kontinuierlich steigenden Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung. Signifikant ist auch der direkte  
229 Zusammenhang zwischen einer hohen Quote an Kinderarmut, Arbeitslosigkeit und  
230 Einkommensarmut mit dem deutlich geringen Anteil für gymnasiale Bildungsempfehlungen. Nach  
231 Instrumenten und Handlungskonzepten zur Gegensteuerung sucht man oft vergeblich, wobei wir  
232 wissen, dass die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten durch die vorherrschende neoliberale  
233 Bundes- und Landespolitik begrenzt sind. Gerade deshalb brauchen wir in Leipzig eine nachhaltige  
234 Sozialpolitik, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird und insbesondere freie  
235 Träger angemessen fördert.

### 236 **2.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht**

237 Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Leipzigerinnen und Leipziger richten und sie so in  
238 das Streben nach einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft einbeziehen. In diesem  
239 umfassenden Sinne verstehen wir Sozialpolitik nicht bloß als Reparaturbereich für prekäre  
240 Lebenslagen, Existenznöte oder soziale Konflikte. Auch wer über ein gutes Einkommen verfügt, darf  
241 sich nicht abschotten und sollte an einer Stadt interessiert sein, die endlich das Stigma der  
242 sächsischen Armutshauptstadt ablegen kann.

243 Die LINKE tritt vor allem für Menschen ein, die gegenwärtig am Rande unserer Gesellschaft leben  
 244 müssen und deren Lage sich in den letzten Jahren nicht oder kaum verbessert hat. Wesentlich dafür  
 245 verantwortlich sind nach wie vor die unsäglichen Hartz IV-Regelungen, die dringend abgeschafft  
 246 werden müssen, auch wenn das nur per Bundesgesetz geht. Viele der Betroffenen haben sich  
 247 zurückgezogen. Wir möchten gerade diese Menschen ermutigen, ihre Resignation zu überwinden,  
 248 um den Druck für notwendige politische Veränderungen zu erhöhen.

249 Es ist unübersehbar: die Zahl der in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten wächst. Nicht  
 250 nur Geflüchtete, sondern vor allem Menschen aus EU-Staaten und Familienangehörige von bereits  
 251 hier lebenden Migrantinnen und Migranten finden den Weg, um in unserer zunehmend bunteren  
 252 Stadt zu leben. Diese Entwicklung stellt sowohl Chance als Herausforderung dar. Migrantinnen und  
 253 Migranten sind in vielen Fällen stärker von Armut, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen.  
 254 Ziel muss es sein, Barrieren und Hemmnisse abzubauen und ein friedliches, vielfältiges  
 255 Zusammenleben aller Menschen in der Stadt zu ermöglichen.

256 Wir setzen uns deshalb ein für:

- 257 • einen vom Freistaat Sachsen zu finanzierenden gerechten Sozillastenausgleich zwischen  
 258 den Regionen und Kommunen zur Überwindung der finanziellen Benachteiligung der Stadt  
 259 Leipzig, insbesondere gegenüber der Landeshauptstadt Dresden
- 260 • bezahlbare Versorgung (Strom, Gas, Heizung, Wasser usw.) auch für einkommensschwache  
 261 Haushalte
- 262 • eine Anhebung der Sockelfinanzierung und automatische Steigerung des Budgets für freie  
 263 Träger im Sozialbereich, insbesondere zur tarifgerechten Entlohnung der Beschäftigten und  
 264 zur Bekämpfung des Niedriglohnssektors
- 265 • Sicherung und weitere Ausgestaltung des Leistungsangebotes des Leipzig-Passes, u. a.  
 266 dessen Ausweitung auf Menschen im Niedriglohnbereich
- 267 • die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für SGBII-  
 268 Betroffene sowie Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter und bei  
 269 Erwerbsminderung zur Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen
- 270 • die Weiterentwicklung des Sozialreports zu einer Sozialberichterstattung mit konkreter  
 271 Handlungs- und Zielperspektive für die Sozialpolitik
- 272 • Verbesserung der sozialen Integration der Geflüchteten in die Stadtgesellschaft durch mehr  
 273 dezentrale Sozialarbeit
- 274 • eine interkulturelle und familienspezifische Öffnung der städtischen Behörden,  
 275 Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen durch regelmäßige verpflichtende  
 276 Fortbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie entsprechende  
 277 Einstellungskriterien in der Stadtverwaltung (Fremdsprachenkenntnisse usw.).

## 278 **2.2. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche**

279 Leipzig muss seinem selbst gewählten Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein,  
 280 noch offensiver Rechnung tragen. Sehr erfreulich ist, dass seit Jahren deutlich mehr Kinder geboren  
 281 werden und junge Familien verstärkt ihren Wohnsitz in Leipzig nehmen. Daraus erwachsen unserer  
 282 Stadt jedoch vielfältige Herausforderungen, die in ihrer ganzen Vielfalt erkannt und bewältigt  
 283 werden müssen. Unser Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der  
 284 Einkommens- und Vermögenslage der Eltern eine gute Perspektive in unserer Heimatstadt zu  
 285 geben. Das ist gegenwärtig aber leider für viele noch nicht gegeben; fast ein Viertel der Kinder sind  
 286 unmittelbar von Armut betroffen. Für uns sind Kinder und Jugendliche sowohl Gegenwart als auch

287 Zukunft der Stadtgesellschaft. Jedes Kind hat ein Recht, sich seinen Bedürfnissen, Fähigkeiten und  
288 Interessen entsprechend zu entwickeln.

### 289 **2.2.1. Eine gute Kita-Betreuung für alle Kinder**

290 Vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder ab dem  
291 vollendeten ersten Lebensjahr ist ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot an  
292 Plätzen ein wichtiges Kriterium für eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Kitas leisten einen  
293 wesentlichen Beitrag zur frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung und zur Vereinbarkeit von  
294 Familie und Beruf. Trotz großer Anstrengungen in der Stadt beim Kitaplatzausbau konnten die  
295 Versäumnisse der vergangenen Jahre bis jetzt nicht kompensiert werden. Es bleibt deshalb auch  
296 aufgrund der seit Jahren steigenden Geburtenzahlen vordringliche Aufgabe, weitere Plätze zu  
297 schaffen. Um die Qualitätsentwicklung systematisch umsetzen zu können und vergleichbare  
298 Bildungschancen für alle Kinder zu gewähren, ist es zudem erforderlich, die personellen  
299 Rahmenbedingungen wesentlich zu verbessern.

300 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 301 • die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für jedes Kind bis zur Einschulung  
302 und die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz während des  
303 Grundschulbesuches
- 304 • die Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern bei der Kitaplatzsuche, im  
305 Hinblick auf verschiedene pädagogische Konzepte und eine wohn- oder arbeitsortnahe  
306 Versorgung
- 307 • die Realisierung der kostenfreien Kita-Betreuung für alle Kinder bei Kostenausgleich durch  
308 den Freistaat Sachsen
- 309 • die besondere Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher zum Beispiel durch die  
310 Ermöglichung kostenfreier, gesunder Mittagessenversorgung
- 311 • den weiteren gezielten Abbau des Investitionsstaus in zahlreichen Einrichtungen unter  
312 Nutzung von Förderprogrammen
- 313 • mehr neue Einrichtungen als bisher in städtischer Verantwortung, um mittel- und langfristig  
314 den Haushalt der Stadt weniger zu belasten
- 315 • die weitere Verbesserung der Kita-Platzvergabe über das Elternportal – die Vergabe muss  
316 transparent, gerecht und nachvollziehbar erfolgen
- 317 • die Ausweitung von Bemühungen, geflüchtete Kinder durch niedrigschwellige  
318 Einstiegsangebote und Sensibilisierung der Eltern stärker in die Kitabetreuung zu integrieren
- 319 • die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bildung, Erziehung und Betreuung durch  
320 kleinere Gruppen, einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel und die Anrechnung von  
321 Vor- und Nachbereitungszeiten für alle Erzieherinnen und Erzieher
- 322 • den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren, die durch  
323 bessere finanzielle und personelle Ausstattung ein Hauptaugenmerk auf Familienbildung,  
324 Arbeit im Sozialraum und Integration legen können
- 325 • die Erweiterung von Kita-Sozialarbeit als präventives Angebot
- 326 • die Förderung von Elterninitiativen, die Kita gründen wollen und kleinen Kita-Trägern mit  
327 spezifischen pädagogischen Konzepten
- 328 • die Schaffung weiterer inklusiver Kindertageseinrichtungen im Sinne der UN-  
329 Behindertenrechtskonvention

- 330 • angemessene, verlässliche und gleiche Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal  
 331 in kommunaler und freier Trägerschaft entsprechend der gesetzlichen Regelungen  
 332 • eine bedarfsgerechte und attraktivere Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher.

### 333 **2.2.2. Für gute Schule und Bildung**

334 Längeres gemeinsames Lernen anstatt frühzeitiger Vorbestimmung des einzuschlagenden  
 335 Bildungsweges bleibt die zentrale Bildungsbotschaft der LINKEN. Das gegliederte Schulwesen ist  
 336 Ursache vieler bildungspolitischer Probleme wie Lehrermangel, zu wenig Zeit und Möglichkeiten für  
 337 die Förderung von Schülerinnen und Schülern, Erschweren der Bildungsübergänge und die in der  
 338 Praxis nicht gewährleistete Durchlässigkeit der Schularten untereinander.

339 Im Bildungsbereich schlagen sich die Probleme der wachsenden Stadt besonders nieder. Zuzüge  
 340 aus dem Umland und der gesamten Bundesrepublik, anhaltend starke Geburtenzahlen, eine höhere  
 341 Zahl an Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund führen zu höheren Jahrgangsstärken in  
 342 den Leipziger Schulen. Unsere Stadt steht daher vor großen Herausforderungen im Schulbau, in der  
 343 Sanierung und in der Werterhaltung der Schulen, Schulsporthallen und Freiflächen der Schulen. Bei  
 344 der Lösung dieser Aufgaben bleiben Schüler- und Elternräte für uns auch weiterhin wichtige  
 345 Partnerinnen und Partner.

346 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 347 • den Ausbau des kommunalen Schulnetzes, um die wohnortnahe Beschulung in allen  
 348 Schularten zu ermöglichen
- 349 • kleine Grundschulbezirke mit höchstens zwei Grundschulen
- 350 • die Unterstützung der Aktivitäten des Arbeitskreises Schule und Wirtschaft an Oberschulen,  
 351 die auf die berufliche Bildung orientieren und eine verstärkte Berufs- und  
 352 Studienorientierung an Gymnasien
- 353 • für eine ausreichende und bedarfsgerechte Anzahl von Berufsschulplätzen
- 354 • die schrittweise Umgestaltung der Schullandschaft hin zu einer Struktur, die längeres  
 355 gemeinsames Lernen ermöglicht
- 356 • die Unterstützung von unterschiedlichen Schulmodellen, in denen das längere gemeinsame  
 357 Lernen verwirklicht wird
- 358 • die Sicherung der maximalen Klassenstärken bis zu 24 Schülerinnen und Schüler, um  
 359 Inklusion (Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf), Integration und  
 360 Wiederholungen zu sichern
- 361 • eine stärkere Förderung nachbarschaftlichen und partnerschaftlichen Lernens mit Kindern  
 362 und Jugendlichen aus geflüchteten Familien
- 363 • die gerechte Entlohnung von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten; keine Unterschiede  
 364 von angestellten und verbeamteten Lehrkräften
- 365 • die qualitative und quantitative Erweiterung der Ganztagsangebote (GTA) in allen Schularten  
 366 und deren auskömmliche Finanzierung und personelle Absicherung
- 367 • mindestens eine Schulsozialarbeiterin bzw. einen Schulsozialarbeiter an jeder Grund-,  
 368 Förder-, Ober- und Berufsschule der Stadt und die Etablierung von Schulsozialarbeit auch an  
 369 Gymnasien
- 370 • die bedarfsgerechte Beschäftigung und Erhöhung der Zahl der Schulpsychologen
- 371 • den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken, Leseräumen und Lernwerkstätten sowie  
 372 Gewährleistung der personellen Ausstattung
- 373 • die konsequente Einhaltung der gesetzlich verbrieften Lehr- und Lernmittelfreiheit

- 374 • den erforderlichen Netzausbau an Schulen aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung der  
375 Gesellschaft und die Ausstattung mit entsprechenden Endgeräten
- 376 • verkehrssichere Schulwege in allen Stadtbezirken und Ortsteilen; dazu sind die finanziellen  
377 Mittel für Ampeln, Fußgängerüberwege, sichere Fuß- und Radwege, Radabstellplätze,  
378 Fahrdienste (für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf) erheblich zu  
379 erhöhen
- 380 • die Unterstützung von pädagogischen Konzepten, die eine Kooperation von Grundschule und  
381 Hort noch weiter verbessern
- 382 • preisstabile Schülermobilcards und die Aufforderung an den Freistaat, ein kostenloses  
383 Bildungsticket einzuführen
- 384 • die Ermöglichung einer gesunden, kostenfreien Mittagessenversorgung für Kinder und  
385 Jugendliche – mindestens für diejenigen, die den Leipzig-Pass haben –, finanziert durch den  
386 Freistaat Sachsen und möglichst auf der Basis einer regionalen Versorgung
- 387 • die Vereinfachung der Einreichungen und Abrechnungen von Klassenfahrten, Schulfahrten,  
388 Schulausflügen und weiteren schulischen Aktivitäten
- 389 • für eine bessere Versorgung der Schulen mit Schulsachbearbeiterinnen und  
390 Schulsachbearbeitern sowie Hausmeisterinnen und Hausmeistern.

### 391 **2.2.3. Umfassende Unterstützung und Förderung von Familie, Kindern und Jugendlichen**

392 Mit der wachsenden Stadt, der zunehmenden sozialen **Unterschiede** und der fortschreitenden  
393 Veränderung von **Arbeitswelten und** Lebensweisen wachsen auch die Anforderungen an die  
394 Kinder- und Jugendhilfe. Prekäre Lebensverhältnisse und verfestigte Armutslagen eines  
395 beträchtlichen Teils der Leipziger Stadtgesellschaft gehen zulasten von Familien, Kindern und  
396 Jugendlichen. Darüber hinaus sind vor allem Alleinerziehende von Armut betroffen.  
397 Die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen erfordert die quantitative, aber auch qualitative  
398 Weiterentwicklung von Konzepten und Förderinstrumenten, die Teilhabe und Integration  
399 ermöglichen. Im Zentrum stadtpolitischer Bemühungen muss die gleichberechtigte und umfassende  
400 soziale und demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stehen. Dies muss durch eine  
401 adäquate personelle und finanzielle Ausstattung der im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe tätigen  
402 Akteurinnen und Akteure gewährleistet werden. Die Selbstorganisation von jungen Menschen ist  
403 dabei ein zentrales Moment. Die dafür notwendigen Freiräume müssen erhalten und geschaffen  
404 werden.

405 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 406 • die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf die Belange von Kindern,  
407 Jugendlichen und Familien mit Kindern
- 408 • ein Angebot an Prävention, Beratung und Hilfe bei kinder-, jugend- und familienrelevanten  
409 Problemstellungen unter Berücksichtigung der Besonderheiten in den Ortsteilen, das der  
410 wachsenden Zahl von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie sich verändernder Probleme  
411 und Bedarfe Rechnung trägt
- 412 • eine bedarfsgerechte Ausstattung der Angebote der verschiedenen Leistungsbereiche der  
413 Kinder- und Jugendhilfe entsprechend der vom Jugendhilfeausschuss verabschiedeten  
414 Fachstandards
- 415 • die Wertschätzung der Tätigkeit der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe
- 416 • neue Formen aktiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an  
417 Entscheidungen

- 418 • die strukturelle und personelle Unterstützung des Jugendparlaments
- 419 • die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten
- 420 der Kinder- und Jugendhilfe und die Stärkung von spezifischen integrativen Projekten, die für
- 421 herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Sprachbarrieren sensibilisiert
- 422 sind
- 423 • eine interkulturell, demokratiefördernd und geschlechtersensibel ausgerichtete
- 424 Jugendarbeit, die sich aktiv gegen Antisemitismus, Neonazismus, Rassismus, Sexismus und
- 425 weitere Formen von Diskriminierung wendet
- 426 • die Förderung selbstorganisierter, selbstverwalteter und alternativer Jugendkultur unter
- 427 anderem durch den Erhalt von Freiräumen
- 428 • die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die Kommune,
- 429 insbesondere der Jugendpauschale
- 430 • die jährliche Steigerung des städtischen Jugendhilfeetats zur Sicherung der Kontinuität und
- 431 des steigenden Bedarfs an der Kinder- und Jugendarbeit
- 432 • die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an den
- 433 steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle
- 434 • bedarfsgerechte Angebote von Hilfen zur Erziehung mit dem Fokus auf die individuellen
- 435 Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und die Befähigung der Eltern
- 436 • den Ausbau von Erziehungs- und Familienberatungsstellen und weiteren
- 437 Familienbildungsangeboten
- 438 • die Förderung einer familienspezifischen, bedarfsgerechten Familienberatung, welche den
- 439 besonderen Lebenslagen von Alleinerziehenden-, Patchwork- und Regenbogenfamilien
- 440 gerecht wird
- 441 • für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien als Alternative zur
- 442 stationären Unterbringung in Hilfe-zur-Erziehung-Maßnahmen sowie die engagierte Beratung
- 443 und Begleitung durch den Pflegekinderdienst.

### 444 **2.3. In Leipzig studieren und forschen**

445 Als Hochschul- und Forschungsstandort verfügt Leipzig über jahrhundertealte Traditionen. Die  
 446 entsprechenden Einrichtungen konzentrieren sich in vier Wissenschaftsräumen (Mitte, Nordost,  
 447 Süd, Südost) und bilden einen zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Die Gebäude, insbesondere  
 448 die Neubauten, sind wesentlicher Bestandteil des Stadtbildes. Darüber hinaus prägt die stark von  
 449 Drittmitteln abhängige Wissenschafts- und Forschungslandschaft die offene geistige Atmosphäre  
 450 unserer Stadt wesentlich mit. Die knapp 40.000 Studierenden – davon fast 5.000 aus dem Ausland  
 451 – tragen erheblich zum Wachstum, zur Verjüngung und zur steigenden Internationalität von Leipzig  
 452 bei. Für viele Studierende ist Leipzig eine Station in einer hochmobilen Berufskarriere; zugleich ist  
 453 die Stadt für viele junge Absolventen zwar Wohnort, aber nicht zwingend auch Arbeitsort.  
 454 Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften ist zu stärken. Dazu gehört neben einer klugen  
 455 kommunalen Raumpolitik die Verbesserung der Rahmenbedingungen sowohl der Studierenden als  
 456 auch der Lehrenden, u. a. durch ausreichend Kitaplätze, bessere Radwege und preiswerten  
 457 Wohnraum. Eine gesicherte Finanzierung des Studentenwerkes seitens des Freistaates Sachsen ist  
 458 eine notwendige Bedingung, um dessen Leistungen wie Wohnheimplätze, Sozialberatung und  
 459 Mensen zu erhalten und dem Bedarf entsprechend zu erweitern. Eine ausreichende  
 460 Grundfinanzierung der Hochschuleinrichtungen unabhängig von der Drittmittelförderung stärkt die  
 461 Unabhängigkeit der Wissenschaftsentwicklung und **kann** viele Beschäftigungsverhältnisse aus den  
 462 Abhängigkeiten der Befristung lösen.

463 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 464 • die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Akteuren  
465 der Wissenschaftslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Universität Leipzig und  
466 deren Forschungsprofil
- 467 • mehr gemeinsame wissenschaftliche Projekte zwischen Verwaltung und städtischen  
468 Unternehmen mit Universität und Hochschulen
- 469 • die weitere Ausprägung eines mitteldeutschen Bildungsraumes in Richtung der  
470 Universitäten Halle und Jena
- 471 • die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle Leipzigerinnen  
472 und Leipziger (z. B. Stärkung von Seniorenkolleg und Kinderuni)
- 473 • die Schaffung einer barrierefreien Hochschullandschaft, einschließlich der Zugänge für  
474 Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten
- 475 • den Erhalt und Ausbau von preiswertem Wohnraum auch in zentrumsnahen Stadtteilen,  
476 insbesondere der Studentenwohnheime
- 477 • eine studierendengerechte Mobilität durch mehr Radwege zu den Hochschulstandorten und  
478 flexible Anpassung des ÖPNV zu den Stoßzeiten im Hochschulbereich sowie eine günstige  
479 Kostenstruktur für Studierendentickets bei den Leipziger Verkehrsbetrieben und im  
480 Mitteldeutschen Verkehrsverbund
- 481 • ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung der Zivilklausel an der Universität  
482 Leipzig und der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK)
- 483 • die Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer für Studierende.

#### 484 2.4. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter

485 Selbstbestimmtes Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht und ein Lebensabschnitt  
486 mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich gleichberechtigt in den  
487 gesellschaftlichen Alltag einbringen und bürgerschaftlich engagieren. Dazu bedarf es geeigneter  
488 Rahmenbedingungen wie der altersgerechten Gestaltung des Wohnumfeldes, entsprechenden  
489 Verkehrslösungen und tragfähigen Bedingungen in der Gesundheitsversorgung und Pflege. Zu einer  
490 lebenswerten Stadt gehört aber auch, dass sich alle Generationen begegnen **sich** unterstützen und  
491 voneinander lernen **können**.

492 In den letzten Jahren hat sich Leipzig zwar erfreulicherweise verjüngt, aber immerhin ein Drittel der  
493 Bevölkerung befindet sich inzwischen im Seniorenalter (55+). In Leipzig nimmt leider die  
494 Altersarmut zu und zukünftig werden deutlich mehr Rentnerinnen und Rentner armutsgefährdet  
495 sein.

496 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 497 • mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Ältere in den sozialen, kulturellen und politischen  
498 Bereichen des städtischen Lebens
- 499 • die Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für seniorengerechte Quartiersentwicklung
- 500 • den Bau von wesentlich mehr altengerechten Wohnungen und den Umbau bestehender  
501 Wohnungen sowie die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben im Wohnungspolitischen  
502 Konzept (Fortschreibung 2015)
- 503 • ein Tarifsystem im ÖPNV, das für Seniorinnen und Senioren bezahlbar ist
- 504 • einen gleichberechtigten Zugang von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu  
505 gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen
- 506 • eine Stadt der kurzen Wege (Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten usw. in der Nähe)

- 507 • die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen
- 508 Wohnungsbaus
- 509 • die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum, die
- 510 generationenübergreifend ansprechend sind
- 511 • eine Förderpolitik, die auch das Miteinander der Generationen in den Blick nimmt und
- 512 Projekte unterstützt, die generationenübergreifende Angebote schaffen

## 513 2.5. Gleichstellung aller Geschlechter

514 Die LINKE kämpft für ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen – egal  
 515 welchen Geschlechts – und eine tatsächliche Gleichstellung in sämtlichen Lebensbereichen. Daher  
 516 fördern wir die breite Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans-, inter- und  
 517 queergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQ\*). Die Anerkennung, Akzeptanz und Unterstützung  
 518 vielfältiger Formen des familiären Zusammenlebens und sozialen Miteinanders und der Kampf für  
 519 Frauenrechte sind für uns selbstverständlich. Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe und muss  
 520 in allen Bereichen kommunaler Entscheidungen mitgedacht werden.

521 Leipzig ist ein Spiegelbild der gesamtdeutschen Realität. Nach wie vor finden wir soziale  
 522 Benachteiligung von Frauen und einen hohen weiblichen Anteil unter den geringfügig Beschäftigten.  
 523 Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ist unverändert signifikant und beträgt derzeit 21  
 524 Prozent (bundesweit). Daraus folgt die große Gefahr der Altersarmut. Frauen sitzen darüber hinaus  
 525 weniger in den Chefetagen, auch bei der LVV ist das so. Familiäre und außerfamiliäre Fürsorge wird  
 526 immer noch größtenteils von Frauen geschultert, oft unentgeltlich oder schlecht entlohnt. Auch  
 527 Hausarbeit ist weiterhin oft ungleich verteilt. Frauen werden Opfer häuslicher und sexualisierter  
 528 Gewalt. In Leipzig registrierte die Polizei 2017 insgesamt 2771 solcher Fälle und 279 Fälle von  
 529 Stalking.

530 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 531 • eine geschlechtersensible Folgenabschätzung bei allen kommunalpolitischen
- 532 Entscheidungen (Umsetzung des Gender-Mainstreaming)
- 533 • eine geschlechts- und familienspezifische Datenerhebung und Sozialberichterstattung
- 534 • die Stärkung des Gleichstellungsreferats sowie die rechtzeitige Einbeziehung des
- 535 Gleichstellungsreferats und des Gleichstellungsbeirats bei kommunalen Entscheidungen
- 536 • die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Frauenförderplänen in allen Bereichen
- 537 der Stadtverwaltung, städtischen Betrieben und Unternehmen mit städtischer Beteiligung
- 538 • die Einführung einer Frauenquote für die paritätische Besetzung von Leitungsfunktionen in
- 539 der Stadtverwaltung und in kommunalen Unternehmen
- 540 • die paritätische Besetzung bei der Auswahl der Referentinnen und Referenten für sämtliche
- 541 kommunalen und durch die Kommune geförderten Veranstaltungen
- 542 • den Erhalt und die finanzielle Absicherung bestehender Frauen- und Kinderschutzhäuser (3
- 543 Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie eine Männerschutzwohnung)
- 544 • die Stärkung des Netzwerkes gegen häusliche Gewalt und Stalking; Runder Tisch gegen
- 545 Gewalt an Frauen
- 546 • den weiteren Ausbau von spezialisierten Frauenberatungsstellen
- 547 • die finanzielle und personelle Sicherung der Gewaltopferambulanz am Institut für
- 548 Rechtsmedizin des Uniklinikums Leipzig
- 549 • die verpflichtende Fortbildung zum Thema Gewaltschutz im Jugendamt und Sozialamt
- 550 • eine offizielle Beteiligung der Stadt am jährlichen Equal Pay Day ab 2020

- 551 • die aktive Unterstützung und Förderung von erwerbslosen und geringfügig-beschäftigten
- 552 Alleinerziehenden beim Einstieg bzw. Wiedereinstieg in eine Berufstätigkeit mit
- 553 existenzsicherndem Familieneinkommen
- 554 • die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleich- und
- 555 mehrgeschlechtlichen sexueller Orientierung und den gesicherten Erhalt von Schwulen- und
- 556 Lesbenzentren sowie Beratungsstellen für LSBTIQ\* (z.B. RosaLinde Leipzig e.V.)
- 557 • die Stärkung der Position der Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweise
- 558 • weitere Maßnahmen gegen sexistische Werbung
- 559 • mehr Maßnahmen zur Unterstützung migrantischer Frauen (z. B. durch Sprachmittlerinnen
- 560 und Sprachmittler)
- 561 • eine Erinnerungskultur zur Sichtbarmachung der Geschichte von Lesben, Schwulen,
- 562 Bisexuellen, trans-, inter- und queergeschlechtlichen Menschen
- 563 • die Unterstützung des Arbeitskreises Sexarbeit
- 564 • eine Begegnungsstätte für Frauen, um die Zusage der Stadt nach dem Abriss des Henriette-
- 565 Goldschmidt-Hauses einzulösen
- 566 • die Ablehnung aller Kürzungen im Bereich von Projekten und Vereinen, die für Gleichstellung
- 567 kämpfen.

## 568 **2.6. Inklusives Denken und Handeln fördern**

569 Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2006 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von  
 570 Menschen mit Behinderung zur inklusiv gestalteten Gesellschaft. Inklusion und die Teilhabe von  
 571 Menschen mit Behinderung bilden ein Querschnittsthema, welches viele Lebensbereiche betrifft.  
 572 Mehr als ein Zehntel der Leipzigerinnen und Leipziger sind von Behinderungen und chronischen  
 573 Krankheiten betroffen. Manches hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, um diesen  
 574 Menschen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Mit dem nach  
 575 langem Diskussionsprozess beschlossenen Teilhabeplan hat Leipzig Ende 2017 eine wichtige  
 576 Voraussetzung für mehr Inklusion in unserer Stadt geschaffen. Auf dessen Grundlage bleibt aber  
 577 noch viel zu tun, um Leipzig in allen Stadtteilen barrierefrei zu gestalten. Noch zu oft scheitern  
 578 notwendige und mögliche Lösungen an Unwissenheit oder an vermeintlichen Sparzwängen.

579 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 580 • die vollständige Umsetzung des Teilhabeplans der Stadt Leipzig 2017 bis 2024 „Auf dem
- 581 Weg zur Inklusion!“
- 582 • die Stärkung des Behindertenbeirates
- 583 • den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der
- 584 Stadtverwaltung, einschließlich der Wahllokale
- 585 • die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderungen auf
- 586 möglichst vier Wochen
- 587 • mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den
- 588 Eigenbetrieben
- 589 • den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in
- 590 Komplexkindertagesstätten
- 591 • mehr barrierefreie Wohnungen in allen Stadtteilen zu erschwinglichen Mieten
- 592 • die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des ÖPNV durch die flächendeckende Einführung
- 593 von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen
- 594 durch die Absenkung der Bordsteine

- 595 • die Erweiterung des Blindenleitsystems, die Kennzeichnung von Stufen und anderen  
 596 Hindernissen mit Signalfarben sowie die Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit  
 597 akustischen Ampeln.

## 598 **2.7. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege**

599 Leipzig verfügt über ein **vergleichsweise** hohes Niveau bei der ambulanten und stationären  
 600 medizinischen Versorgung. Nicht zuletzt durch das Bevölkerungswachstum und den  
 601 demografischen Wandel werden auch in diesem Bereich die Herausforderungen zunehmen. Schon  
 602 heute ist ein Mangel an Ärzten und qualifiziertem Pflegepersonal spürbar. Insgesamt haben wir  
 603 dafür Sorge zu tragen, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig vom Alter und  
 604 Einkommen, auch künftig medizinisch gut versorgt werden.

605 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 606 • den Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, insbesondere  
 607 eine Stabilisierung des städtischen Klinikums St. Georg und des dort angebundenes  
 608 Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ)
- 609 • einen Zuschuss zum städtischen Klinikum St. Georg aus Haushaltsmitteln
- 610 • die Unterstützung bei der weiteren Einrichtung von MVZ, vor allem in unterversorgten  
 611 Ortsteilen
- 612 • die personelle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere um die  
 613 vorgeschriebenen Untersuchungen bei Kindern flächendeckend zu gewährleisten
- 614 • den Ausbau und die Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der Suchtprävention vor  
 615 allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von Ausstiegsprogrammen für alle  
 616 Suchterkrankten
- 617 • den Umbau und die Modernisierung der Suchtberatungs- und Behandlungsstelle "Haus Alt-  
 618 Schönefeld"
- 619 • den Abbau des Pflegekräftemangels und die bessere Bezahlung sowie mehr Ausbildung von  
 620 Pflegekräften
- 621 • die finanzielle Stärkung der Aids-Hilfe
- 622 • die interkulturelle Öffnung und Mehrsprachigkeit der kommunalen Gesundheitsdienste und  
 623 Akteure der Drogenhilfe
- 624 • die interkulturelle Öffnung und damit kultursensible Pflege, die besonderen Bedürfnissen  
 625 von pflegebedürftigen Migrantinnen und Migranten Rechnung trägt
- 626 • die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete, die Leistungen nach  
 627 Asylbewerberleistungsgesetz beziehen und damit den Abbau von Barrieren beim Zugang zu  
 628 Gesundheitsleistungen
- 629 • die Etablierung eines Modellprojektes zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne  
 630 Papiere und Krankenversicherung in Zusammenarbeit mit Medinetz Leipzig e.V.

## 631 **2.8. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention**

632 Leipzig nimmt mit seiner Kriminalitätslage im Freistaat Sachsen seit Jahren eine besondere Stellung  
 633 ein. Das spiegelt sich in der Landespolitik und insbesondere bei der Personalverteilung der Polizei  
 634 noch nicht adäquat wider. Wir wissen, dass die öffentliche und persönliche Sicherheit und der  
 635 Schutz vor Kriminalität weiterhin im Fokus der Bevölkerung stehen, wobei es einen großen

636 Unterschied zwischen dem individuellen Sicherheitsempfinden und der objektiven Sicherheitslage  
637 gibt. Mit der Verstärkung der Polizei und der Aufstockung des Stadtordnungsdienstes wurde darauf  
638 in den letzten Jahren reagiert.

639 Gleichwohl bedeutet linke Ordnungs- und Sicherheitspolitik in erster Linie Prävention. Für uns heißt  
640 das nicht die Verschärfung des Polizeirechts oder mehr Repression wie z. B. Videoüberwachung  
641 oder verdachtsunabhängige Kontrollen, sondern mehr soziale Teilhabe, um die Ursachen von Gewalt  
642 und Straftaten gesamtgesellschaftlich zu verringern. Ein autoritäres Sicherheitsdenken und die  
643 darauf beruhende Law-and-order-Politik lehnen wir ab. Unsere Toleranz endet jedoch dort, wo  
644 Menschen **seelisch und körperlich** bedroht und verletzt sowie öffentliches und privates Eigentum  
645 durch Vandalismus beschädigt oder zerstört werden.

646 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 647 • eine konsequente Beachtung der berechtigten Sicherheitsbedürfnisse aller Menschen
- 648 • den Erhalt von Mischnutzungen in den Stadtteilen, denn eine stabile Mischung von Wohnen,  
649 Arbeiten und Einkaufen gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche  
650 Fürsorge einen Schutz vor Kriminalität bieten kann
- 651 • eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung,  
652 insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung,  
653 Straßenbeleuchtung usw.), um Angsträume zu verhindern
- 654 • mehr Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen sowie in Sportvereinen in  
655 Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern
- 656 • die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt, Polizei und  
657 Kleingartenvereinen durch mehr finanzielle Mittel für Aufklärung und technische Prävention
- 658 • mehr finanzielle Mittel für die zielgerichtete Vertiefung der Arbeit des Kommunalen  
659 Präventionsrates in den Stadtteilen unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen  
660 Akteurinnen und Akteure vor Ort (Bürgervereine usw.)
- 661 • den Ausbau des Systems der ehrenamtlichen Seniorensicherheitsberater
- 662 • die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Sicherheitsbehörden durch eine gezielte  
663 Ansprache und Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
- 664 • mehr Bürgerpolizisten mit bürgerfreundlichen Sprechzeiten in allen Ortsteilen
- 665 • die weitere personelle Stärkung des Stadtordnungsdienstes mit jährlich zehn Planstellen in  
666 den Jahren 2019/2020 und dessen verstärkter Einsatz in den Ortsteilen unter  
667 Gewährleistung des finanziellen Mehrbedarfs durch das Land
- 668 • die Aktualisierung der such- und drogenpolitischen Leitlinien der Stadt Leipzig aus dem Jahr  
669 2013 entsprechend der gegenwärtigen Erfordernisse, insbesondere unter dem Aspekt der  
670 überdurchschnittlich hohen Beschaffungskriminalität im Zusammenhang mit  
671 Betäubungsmittelabhängigkeit
- 672 • die Möglichkeit des straffreien Konsumierens von mitgeführten Drogen durch die  
673 Einrichtung eines ärztlich betreuten Drogenkonsumraumes
- 674 • die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare  
675 Fahrradgaragen und -boxen
- 676 • eine kritische Bestandsaufnahme der stationären Videoüberwachung im öffentlichen  
677 Raum und deren künftige Begrenzung auf Kriminalitätsschwerpunkte
- 678 • ein sauberes Stadtbild durch personelle, technische und finanzielle Stärkung der  
679 Stadtreinigung für mehr Papierkörbe sowie für mehr Aufklärung zu den Sammelsystemen,  
680 um illegale Müllablagerungen und damit verbundene Umweltschäden zu verhindern
- 681 • mehr finanzielle Mittel für legale Graffiti-Flächen

- 682 • die Gewährleistung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen bei Feuerwehr und
- 683 Rettungsdienst durch eine entsprechende Personalausstattung und zeitgemäße
- 684 Rettungsmittel

### 685 **3. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung**

686 Nahezu alle Bereiche unseres Lebens sind vom Wachstums- und Beschleunigungsdenken geprägt.  
 687 Die damit eng verknüpfte neoliberale Wirtschaftsweise führt allerdings immer stärker zu sozialen  
 688 und ökologischen Krisen und damit zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Diesen  
 689 Zusammenhang spüren wir sowohl global und national als auch lokal – hier vor Ort. Schlechte Luft  
 690 in der Stadt sowie schrumpfende Freiräume und Grünflächen sind nur zwei Beispiele dafür, dass  
 691 auch Leipzig vor enormen Herausforderungen für eine wirklich nachhaltige Stadtentwicklung steht.  
 692 Auf dem Weg zur sozialökologischen Transformation unserer Stadt sind verantwortungsvolle und  
 693 innovative Lösungen in vielen Bereichen gefragt, u. a. im kommunalen Klimaschutz sowie der  
 694 städtischen Bodenpolitik, die wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und  
 695 umsetzen möchten. Die Frage, wie wir das Zusammenleben in Zukunft sozial und ökologisch  
 696 gerechter gestalten und welche Rolle dabei eine solidarische Lebensweise sowie die Überwindung  
 697 einer Wachstumsgesellschaft spielen können, ist für DIE LINKE eine der zentralen  
 698 Herausforderungen.

#### 699 **3.1. Für eine zügige und soziale Energiewende und klimagerechte Stadtentwicklung**

700 Die massive Zunahme von Extremwetterereignissen, der steigende Meeresspiegel und sich  
 701 ausbreitende Wüsten sind neben Kriegen und Hunger schon jetzt Hauptursachen globaler  
 702 Fluchtbewegungen. **Auch in Leipzig ist der Klimawandel** spürbar. Ohne wirksame Maßnahmen  
 703 gegen den Klimawandel nehmen diese Folgen der Erderwärmung künftig erheblich zu. Auch Leipzig  
 704 muss deshalb seine Klimaschutzmaßnahmen intensivieren und zugleich die sozial-ökologische  
 705 Transformation der Stadt vorantreiben. In den letzten Jahren wichen häufig Grünflächen der  
 706 baulichen Verdichtung. Diese Entwicklung hat einen erheblichen Einfluss auf die biologische  
 707 Vielfalt, das Klima, die Luft- und damit auch auf die Lebensqualität der Menschen in Leipzig. Bisher  
 708 sind die Umweltqualitätsziele nicht ausreichend umgesetzt. **Als zentrale Aufgabe der**  
 709 **Energiewende sehen wir die Einsparungspotenziale in den Bereichen Wärme, Strom, Wasser**  
 710 **und Verkehr zügiger zu erschließen und die energetische Basis versorgungssicher auf**  
 711 **Erneuerbare Energien auszurichten.** Kein Dorf, kein grüner Landstrich darf künftig noch für das  
 712 Kohlekraftwerk Lippendorf abgebaggert werden. Für eine klimagerechte Stadtentwicklung führt  
 713 kein Weg **an einer Umsetzung der Alternativen zur Ablösung der Fernwärmenutzung aus dem**  
 714 **Kraftwerk Lippendorf bis 2025 vorbei. In der Folge ist die Ablösung von Erdgas durch**  
 715 **regenerative Energieträger anzustreben.**

716 Deshalb treten wir ein für:

- 717 • die weitere Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie
- 718 • die stärkere Nutzung der energetischen Potenziale solartauglicher Dachflächen
- 719 • die Realisierung einer umfassenden Gründach- und Grünfassadenstrategie
- 720 • die Prüfung von verbindlichen Standards für klimafreundliche, energieeffiziente
- 721 Gebäudestrukturen
- 722 • den stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energie der Stadtwerke

- 723 • die Erarbeitung konkreter Alternativen zur Fernwärme aus Lippendorf
- 724 • den Ausbau der Bürgerenergie als dezentrale und unabhängige Energiequelle
- 725 • transparentere Vergabeverfahren für Brachen
- 726 • **eine konsequente Realisierung der Maßnahmen des Energie- und**
- 727 **Klimaschutzprogramms sowie die regelmäßige Fortschreibung desselbigen.**
- 728 • ökologisch nachhaltige Entwicklung des Leipziger Neuseenlands und der Hafenprojekte als
- 729 naturnahe Erholungsmöglichkeiten und zugleich als Aufwertung stadtklimatischer
- 730 Bedingungen
- 731 • die ausreichende Finanzierung des Lärmaktions- und des Luftreinhalteplans sowie deren
- 732 konsequenter Umsetzung
- 733 • die Reduktion von Lichtverschmutzung im öffentlichen Raum
- 734 • ein Verbot von „Heizpilzen“
- 735 • den Schutz der Trinkwasserressourcen; kein Verkauf des Wassergutes Canitz
- 736 • **eine wassersensible Stadtentwicklung.**

### 737 3.2. Leben in einer Grünen Stadt

738 In einer stark wachsenden Kommune wie Leipzig nimmt der Nutzungsdruck in den von Stadtgrün  
 739 und Gewässern geprägten Freiräumen zu. Diese Freiflächen sind jedoch wichtig, da sie als  
 740 Belüftungsachsen fungieren. Außerdem sorgen die begrünten Flächen für einen Kühleffekt für die  
 741 „Wärmeinsel Stadt“. Sollten diese Flächen verschwinden, fehlen wichtige Entwicklungsräume für  
 742 Pflanzen sowie Rückzugsräume und Futterstellen für viele Tierarten. Umso wichtiger sind Erhalt und  
 743 Pflege der 270 Leipziger Kleingartenanlagen, die sich zumeist im Eigentum der Stadt befinden und  
 744 einen zentralen Baustein im Grünsystem der Stadt bilden. Auch die Landwirtschaftsflächen in  
 745 Leipzig sind zu erhalten. Diese Flächen dienen neben der Produktion von Nahrungsmitteln auch der  
 746 Erhaltung der Biodiversität, dem Klimaschutz und mit Wald- und Wasserflächen einer  
 747 Raumgliederung, die für die Naherholung eine wichtige Funktion hat. Auch Wild- und Haustiere  
 748 bedürfen unseres Schutzes. Haustiere müssen artgerecht gehalten und angemessen versorgt  
 749 werden.

750 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 751 • eine frühzeitige Festschreibung von zu schützenden Grünflächen im Flächennutzungsplan
- 752 • Vorhalten kommunaler Gelder zum Erwerb von schützenswerten Flächen
- 753 • die Errichtung von zusätzlichen Parks und Naherholungsgebieten
- 754 • die Bereitstellung der nötigen Finanzmittel für den Erhalt des Auwaldes, des Wildparks sowie
- 755 denkmalgeschützter Parkanlagen
- 756 • die Verhinderung weiterer baulicher Eingriffe im Leipziger Auwald
- 757 • die Gewährleistung einer natürlichen Überflutung des Leipziger Auwaldes
- 758 • eine Entwicklung von Gärten zu Oasen der Biodiversität und Artenvielfalt
- 759 • die weitere Unterstützung der Kleingartenvereine bei der Entwicklung und dem Erhalt ihrer
- 760 Anlagen zu Zentren der Naherholung und der aktiven Freizeitgestaltung
- 761 • ein Konzept zur Biotopvernetzung für das gesamte Stadtgebiet
- 762 • für die Vermittlung ökologischer Bildungsangebote
- 763 • die konsequente Umsetzung und Finanzierung des Straßenbaumkonzepts der Stadt Leipzig
- 764 • die ausreichende Finanzierung für die Unterbringung und Versorgung von Fundtieren,
- 765 • die **Schaffung neuer und** Aufwertung **bestehender** Freiflächen für Hunde, zum Beispiel
- 766 durch Hundetoiletten

- 767 • ein stärkeres Engagement gegenüber dem Freistaat Sachsen für die Einführung einer  
768 allgemeinen Chippflicht für Hunde und für ein Verbandsklagerecht im Tier- und Naturschutz.

### 769 3.3. Freiräume erhalten und Bauflächen verantwortungsvoll nutzen

770 In unserer wachsenden Stadt gibt es einen enormen Bedarf an Neubauf Flächen für Wohn- und  
771 Gewerbeimmobilien bzw. öffentliche Einrichtungen. Schon heute ist die Zahl der vorhandenen  
772 Freiflächen in Leipzig gesunken. Nach dem Prinzip der „Stadt der kurzen Wege“ ist eine  
773 Nachverdichtung der bestehenden Bebauung wichtig, jedoch nicht um jeden Preis. Es bedarf einer  
774 gründlichen Prüfung, unter Einbeziehung der Leipzigerinnen und Leipziger, ob die Freiräume für eine  
775 Bebauung aufgegeben werden sollen bzw. müssen. Mit den neu versiegelten Flächen müssen wir  
776 somit besonders verantwortlich umgehen. Dabei muss eine ausgewogene Mischung verschiedener  
777 Nutzungsformen im Vordergrund stehen.

778 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 779 • die Prüfung sämtlicher Grünflächen nach ihrem ökologischen, klimatischen und sozialen  
780 Wert für das jeweilige Stadtviertel
- 781 • ein ausgeglichenes Verhältnis von Ver- und Entsiegelung neuer Bodenflächen
- 782 • den Erhalt von Gewerberäumen auch in innerstädtischen Lagen
- 783 • **eine stärkere Beachtung der Strömungsverhältnisse zum Luftaustausch bei**  
784 **Nachverdichtung sowie die Vermeidung von Hitzeinseln durch aktive Begrünung und**  
785 **Wasser-Reservoirs**
- 786 • die vertikale Nutzungsmischung von Wohn- und Gewerbeeinheiten
- 787 • die grundsätzlich mehrgeschossige Bebauung von Baulücken
- 788 • die Berücksichtigung grüner Architektur beim Neubau von öffentlichen Einrichtungen und für  
789 den Bau von Null-Emissionshäusern, wo es technisch machbar und wirtschaftlich plausibel ist
- 790 • die Konzentration der Siedlungsentwicklung auf das direkte Umfeld von Stationen des ÖPNV  
791 und die Stärkung der Stadtteil-Zentren an den Haltestellen des ÖPNV
- 792 • die Förderung der Vielzahl kleiner Leipziger Läden in den Wohngebieten für eine  
793 wohnortnahe Versorgung
- 794 • die ganztägige öffentliche Nutzung von städtischen Flächen, wie z. B. Schulhöfen.

### 795 3.4. Soziale Bodenpolitik kontra Grundstücksspekulation

796 Die Spekulation mit Grundstücken lässt die Bodenpreise explodieren. In der aktuellen  
797 Niedrigzinsphase bieten Immobilien und Grundstücke attraktive Anlagemöglichkeiten,  
798 mit der Folge dramatischer Preissteigerungen. Seit 2015 haben sich die Bodenpreise in Leipzig  
799 vervielfacht. Die Erlöse aus dem Verkauf werden von den Eigentümerinnen und Eigentümern als  
800 leistungsloser Gewinn eingestrichen, während der Neubau bezahlbarer Wohnungen und  
801 Gewerberäume kaum noch möglich ist. Noch verfügt Leipzig über eigene Flächen, die für den Bau  
802 bezahlbarer Wohnungen und für eine soziale Stadtentwicklung genutzt werden können. Flächen im  
803 öffentlichen Eigentum müssen jedoch öffentliches Eigentum bleiben. Sie dürfen nur noch in  
804 Ausnahmefällen im Erbbaurecht an Dritte vergeben werden. Mit dem spekulativen Leerstand des  
805 Bodens lässt sich mittlerweile mehr Geld verdienen als mit der Bebauung von **Baulücken**. Um  
806 Spekulationen zu stoppen und die Bodenpreise zu stabilisieren, ist ein Umdenken in der  
807 kommunalen Bodenpolitik notwendig.

808 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 809 • eine strategische Liegenschaftspolitik, bei der für die Entwicklung der öffentlichen  
810 Daseinsvorsorge benötigte Flächen frühzeitig ange**kauft** werden
- 811 • den konsequenten Ankauf von Grundstücken und Gebäuden, die von der Bundesanstalt für  
812 Immobilienaufgaben zum Verkauf gestellt werden
- 813 • eine Quote von mindestens 50 % Sozialwohnungen mit einer möglichst langen  
814 Belegungsbindung beim Neubau von Stadtquartieren
- 815 • die Förderung einer aktiven Bodenvorratspolitik durch die Bereitstellung eines Leipziger  
816 Bodenfonds
- 817 • einen Verkaufsstopp städtischer Grundstücke an private und rein profitorientierte Investoren
- 818 • die Stärkung und den Ausbau öffentlicher Beteiligungsprozesse bei der Stadtentwicklung
- 819 • die Unterstützung von Non-Profit-Organisationen, wie z. B. dem Mietshäuser Syndikat
- 820 • die Bereitstellung öffentlicher Freiflächen für gemeinnützige Nachbarschaftsgärten sowie  
821 die vertragliche Festschreibung einer garantierten Nutzungsdauer
- 822 • eine bauliche und soziale Stabilisierung benachteiligter Ortsteile wie Volkmarsdorf oder  
823 Schönefeld

### 824 **3.5. Global denken – lokal Handeln**

825 Der wachstumsfixierte Kapitalismus erzeugt weltweit vielfältige, sich zuspitzende Krisen. Wir leiten  
826 daraus ab, in Leipzig das Motto „Global denken – lokal handeln“ stärker als bisher mit Leben zu  
827 erfüllen. Globales Denken heißt für uns, gegen die zahlreichen Missstände und  
828 Ausbeutungsstrukturen zu kämpfen, die der neoliberale Kapitalismus vor allem im globalen Süden  
829 erzeugt und von denen wir – wenngleich unterschiedlich stark – profitieren. Lokales Handeln heißt  
830 für uns, aus dieser strukturellen Ungerechtigkeit konkrete und lokale politische Konsequenzen zu  
831 ziehen. Eine Maßnahme besteht im substanziellen Ausbau lokaler Produktions- und  
832 Vertriebsstrukturen, um umweltschädliche Transporte zu verringern und lokale Unternehmen zu  
833 stärken. Wir begrüßen daher die Gründung eines Ernährungsrats in Leipzig. Weiterhin nehmen wir  
834 mit Freude zur Kenntnis, dass Leipzig eines der Zentren der größer werdenden  
835 Postwachstumsbewegung ist. Auch hier werden wir uns künftig stärker an Diskussionen beteiligen,  
836 die die Überwindung der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft zum Ziel haben. Nachhaltige  
837 Stadtentwicklung bedeutet für uns auch, die Stadt-Umland-Kooperation zu stärken, denn  
838 Stadtentwicklung hört nicht an den Stadtgrenzen auf.

839 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 840 • einen eigenen Fördertopf „sozial-ökologische Stadtentwicklung“, aus dem entsprechende  
841 Initiativen möglichst aufwandsarm Fördermittel beantragen können
- 842 • eine kommunale Unterstützung des Leipziger Ernährungsrats
- 843 • eine stärkere Regionalisierung von Wirtschafts- und Warenkreisläufen
- 844 • den Erhalt und die Förderung landwirtschaftlicher Nutzungsflächen, insbesondere den  
845 ökologischen Landbau im Stadtgebiet
- 846 • einen besseren ÖPNV zwischen Leipzig und dem Umland, um den Autopendlerverkehr zu  
847 reduzieren
- 848 • mehr Kooperation mit dem Umland auf Augenhöhe, insbesondere beim Hochwasserschutz  
849 und im Touristikbereich (Neuseenland).

## 850 **4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen**

851 Wohnen ist bei einem Mieteranteil von knapp 90 Prozent der Bevölkerung derzeit in Leipzig neben  
 852 fehlenden Schul- und Kitaplätzen das soziale Hauptthema. Der Wohnungsmarkt ist inzwischen sehr  
 853 angespannt und von zwei zentralen Problemen charakterisiert: Erstens finden in verschiedenen  
 854 Stadtgebieten signifikante Verdrängungsprozesse (Gentrifizierung) statt, die in wachsendem Maße  
 855 zu sozialen Ausdifferenzierungen (Segregation) führen. Zweitens wächst beständig der Mangel an  
 856 bezahlbaren Wohnungen, insbesondere für einkommensarme Haushalte. Die Leipziger LINKE ist die  
 857 Partei der Mieterinnen und Mieter und setzt sich vor allem dafür ein, dass möglichst schnell  
 858 preiswerte Wohnungen in allen Stadtteilen bereitgestellt und der Preisanstieg bei  
 859 Bestandswohnungsmieten gedämpft werden. Wir werden uns gegenüber Bund und Land für eine  
 860 neue Offensive im sozialen Wohnungsbau einsetzen.

861 Leipzig zählte in den vergangenen Jahren zu den am schnellsten wachsenden Großstädten der  
 862 Bundesrepublik. Auf Grund der Bevölkerungsprognose ist mit einem Mehrbedarf von zusätzlich  
 863 30.000 bis 60.000 Wohnungen bis 2030 zu rechnen. Die Leerstandsquote ist innerhalb der letzten  
 864 sieben Jahre von 12 Prozent auf zwei Prozent gesunken. Sollte der Leerstand weiter sinken, droht die  
 865 Umzugsmobilität innerhalb Leipzigs zum Erliegen zu kommen. Allein im Jahr 2017 betrug der  
 866 Gesamtumsatz des Leipziger Liegenschaftsmarktes 2,8 Mrd. Euro. Zum Vergleich dazu: im Jahr  
 867 2010 waren es „nur“ 960 Mio. Euro. Der Druck der Immobilienpreise wird weiter die  
 868 Angebotsmieten und Bestandsmieten in die Höhe treiben. Zuvorderst trifft das die Mieterinnen und  
 869 Mieter dieser Stadt.

### 870 **4.1. Bezahlbares Wohnen für alle!**

871 In den Ballungsräumen Deutschlands versagen die Marktmechanismen, ausreichenden Wohnraum  
 872 zu gewährleisten. Aus Sicht der LINKEN muss die Stadt Leipzig alles dafür tun, damit Wohnen für  
 873 alle Leipzigerinnen und Leipziger bezahlbar bleibt. Die Gesamtmietbelastung in Leipzig beträgt  
 874 durchschnittlich 30 Prozent des Einkommens und ist damit anteilig höher als in München.  
 875 Mieterhöhungen bringen somit viele Leipzigerinnen und Leipziger an ihre ökonomischen Grenzen.

876 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 877 • die konsequente Ausrichtung der gesamten Stadtverwaltung Leipzig, die sich anbahnende  
 878 Wohnungsnot entschieden zu bekämpfen
- 879 • die zügige Einführung sozialer Erhaltungssatzungen, worin Sozialpläne zu integrieren sind
- 880 • Kündigungsschutzklausel-Verordnungen für notwendige Stadtgebiete, um die Mieterinnen  
 881 und Mietern besser vor Verdrängung und Entmietung zu schützen
- 882 • die umfassende Anwendung einer funktionierenden Mietpreisbremse beim Abschluss von  
 883 Mietverträgen
- 884 • die **jährliche** Anpassung der Kosten der Unterkunft an die reelle Wohnkostenentwicklung
- 885 • eine Clearingstelle zwischen Mieter und Vermieter sowie eine unabhängige,  
 886 niedrigschwellige kostenfreie Mieterberatung, die durch die Stadt finanziert wird
- 887 • die konsequente Bekämpfung von spekulativem Leerstand durch geeignete Maßnahmen wie  
 888 die Einführung eines Leerstandkatasters sowie Geldbußen für Eigentümer, die Wohnungen  
 889 länger als ein Jahr grundlos leer stehen lassen
- 890 • kooperative, selbstbestimmte und solidarisch agierende Wohnformen wie z. B. Wagenplätze
- 891 • die weitere Einschränkung des Rechts auf Eigenbedarfskündigungen

- 892 • bessere Möglichkeiten des dezentralen Wohnens für Asylsuchende und Geflüchtete
- 893 • die Durchsetzung strikter Verbote von Zweckentfremdungen **von Wohnraum**.

#### 894 **4.2. Gesellschaftliche Verantwortung der LWB stärken**

895 Die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft ist mit ihren rund 35.000 Wohneinheiten stadtweit das  
896 größte Wohnungsunternehmen und damit der wichtigste wohnungspolitische Hebel, über den die  
897 Kommune verfügt. Verkaufsabsichten wie in den 2000er Jahren, auch von Teilbeständen, lehnen wir  
898 kategorisch ab. Wir wollen die LWB weiter stärken und zugleich in die Pflicht nehmen.

899 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 900 • die Planung der LWB ohne Unternehmensgewinne (kein positives Geschäftsergebnis)
- 901 • die Tauglichkeit von 50 Prozent des LWB-Wohnungsbestandes für Kosten der Unterkunft
- 902 • ein Zwangsräumungsmoratorium für Mieterinnen und Mieter der LWB (Housing-First); in  
903 problematischen Fällen müssen sämtliche Hilfesysteme herangezogen werden
- 904 • die Erweiterung des Wohnungsbestandes auf über 40.000 Wohneinheiten; vorrangig soll die  
905 Erweiterung in jenen Stadtbezirken erfolgen, in denen der Anteil der LWB-Wohnungen  
906 derzeit unter fünf Prozent liegt. Für die Erreichung dieses Zieles soll die Stadt Leipzig die  
907 LWB auch finanzielle unterstützen.
- 908 • dass Sanierungsmaßnahmen neben energetischen Effekten auch auf die Senkung der  
909 Bewirtschaftungskosten abzielen; dabei sind die Mieterinnen und Mieter einzubeziehen und  
910 Modernisierungsvereinbarungen mit ihnen abzuschließen
- 911 • dass der Mieterbeirat einen Sitz im LWB-Aufsichtsrat erhält, um die Rechte der Mieterinnen  
912 und Mieter zu stärken.

#### 913 **4.3. Wohnungsgenossenschaften – wichtige Partner**

914 Die Leipziger LINKE unterstützt den Genossenschaftsgedanken. Die Wohnungsgenossenschaften  
915 sehen wir als originäre Partner bei der Lösung der Wohnungsfrage in Leipzig an. Die Vergangenheit  
916 hat gezeigt, dass die Wohnungsgenossenschaften einen wesentlichen Anteil an der Bereitstellung  
917 von bezahlbaren und attraktiven Wohnungen leisten und weit darüber hinaus Verantwortung für das  
918 Wohnumfeld nehmen.

919 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 920 • die Institutionalisierung eines regelmäßigen Gedankenaustauschs zwischen  
921 Wohnungsgenossenschaften und Stadtverwaltung
- 922 • die intensive Einbindung der Wohnungsgenossenschaften bei der Weiterentwicklung der  
923 sozialen, verkehrlichen und öffentlichen Infrastruktur in genossenschaftlich geprägten  
924 Wohnquartieren
- 925 • die Bereitstellung städtischer Grundstücke für vorrangig gemeinnützigen  
926 genossenschaftlichen Geschosswohnungsneubau.

#### 927 **4.4. Geschosswohnungsbau ankurbeln**

928 Die kommunalen Einflussmöglichkeiten zur Förderung des lokalen Geschosswohnungsbaus sind im  
929 Gegensatz zum Bund und zum Land überschaubar. Hier verfolgt die LINKE den Ansatz der  
930 Gemeinnützigkeit im sozialen Wohnungsbau. Neubau, Sanierungen und Modernisierung müssen auf

931 die langfristige Bedarfsdeckung von bezahlbaren Wohnungen für alle, insbesondere aber für  
 932 Haushalte mit geringem bis mittlerem Einkommen angelegt sein.

933 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 934 • die Präferenzierung von Geschosswohnungsbau vor Einfamilienhausbau bei der kommunalen  
 935 Planung neuer Wohngebiete, da bei gleichem Planungsaufwand deutlich mehr Wohnungen  
 936 entstehen und die öffentliche Infrastruktur effizient genutzt wird
- 937 • die Einführung eines Wohnbauflächeninformationssystems zur besseren Aktivierung von  
 938 Flächenpotenzialen zur Nachverdichtung
- 939 • die Unterstützung von Bauträgern, die mit verminderter Renditeerwartungen ein anderes  
 940 Investitionsklima schaffen
- 941 • die schnellstmögliche Bearbeitung von Bauanträgen für den Geschosswohnungsbau
- 942 • die Einrichtung eines gemeinwohlorientierten und revolvingenden Bodenfonds (ein Fonds,  
 943 dessen Ressourcen durch die Erlöse aus damit finanzierten Projekten aufgefüllt werden). In  
 944 den Bodenfonds sollen alle nicht unmittelbar der eigenen Aufgabenerfüllung dienenden  
 945 kommunalen Grundstücke eingebracht werden (Vorratsgrundstücke). Freigaben und  
 946 Neubedarfe von Grundstücken werden zwischen dem Bodenfonds und den städtischen  
 947 Nutzerressorts am Verkehrswert orientiert verrechnet.
- 948 • die Vergabe sämtlicher kommunale Grundstücke nach einem Konzeptverfahren in  
 949 Erbbaupacht
- 950 • die intensivere Einbindung der Leipziger Entwicklungs- und Sanierungsgesellschaft zur  
 951 kommunalen Grundstücksentwicklung, damit eingenommene Erträge in andere kommunale  
 952 Bauprojekte reinvestiert werden können
- 953 • die Renaissance der industriellen Fertigteilmbauweise bei mittleren und größeren  
 954 Wohnungsbauprojekten
- 955 • die vermehrte Anwendung von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen in Gebieten mit  
 956 besonderer Bedeutung für Leipzig.

#### 957 4.5. Standards im Geschosswohnungsbau halten

958 Leipzig weist eine **an vielen Stellen** hohe städtebauliche Qualität auf. Dies ist nicht nur  
 959 Vermächtnis, sondern Verantwortung zugleich. Mit der anwachsenden Bautätigkeit steigt auch die  
 960 kommunale Verantwortung, die Marktmechanismen beim Wohnungsbau zu regulieren. DIE LINKE  
 961 setzt sich für bedarfsorientierten und qualitätvollen Geschosswohnungsbau ein, der den  
 962 Renditeerwartungen des Marktes oftmals entgegensteht.

963 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 964 • deutlich mehr Bauleitverfahren, um die städtebaulichen Ziele rechtlich sicher  
 965 umsetzen zu können
- 966 • eine Kooperative Baulandentwicklung bei allen Bebauungsplänen mit  
 967 Geschosswohnungsbau mit dem Ziel, sozialen Wohnungsbau in Höhe von mindestens 50 %  
 968 festzulegen
- 969 • eine Orientierung der städtebaulichen Dichte an den Freiflächenbedarfen von Familien und  
 970 Kindern
- 971 • verbindliche Vereinbarungen zu Wohnungsgrößen, transferleistungstauglichen Grundrissen  
 972 und zu Baugeboten in städtebaulichen Verträgen

- 973 • die umfängliche Ausschöpfung der sächsischen Richtlinie zur Förderung der Schaffung von  
974 mietpreis- und belegungsgebundenen Mietwohnungen
- 975 • die Ergänzung der Landesmittel um einen kommunalen Zuschuss, der die Angebotsmiete bei  
976 Neubauten weiter reduziert
- 977 • eine ausreichende städtische Förderung für alters- und behindertengerechte Anpassungen  
978 von Wohnungen.

#### 979 **4.6. Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit**

980 Eine stabile und sichere Unterkunft ist für DIE LINKE die Ausgangsbasis zur Lösung aller weiteren  
981 individuellen Probleme bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit („Housing First“). Das Halten bzw. die  
982 Anmietung eigenen Wohnraums muss im Mittelpunkt stehen.

983 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 984 • die Erweiterung der kommunalen Sozialplanung, um das Thema Wohnungs- und  
985 Obdachlosigkeit und deren umfassende Untersuchung
- 986 • einen „Leipziger Wohnungsnotbericht“, der Daten über Räumungsklagen, Kündigungen,  
987 Umzugsaufforderungen durch das Jobcenter und tatsächlich erfolgte Räumungen enthält
- 988 • eine städtische Übernahme von Mietkautionen/Bürgschaften bei den Fällen, wo das  
989 Jobcenter nicht handelt
- 990 • die stabile finanzielle Absicherung jener Träger, die die kommunale Pflichtaufgabe zur  
991 Betreuung und Unterbringung von benachteiligten Gruppen auf den Wohnungsmarkt  
992 übernehmen
- 993 • die zügige Umsetzung weiterer niedrigschwelliger Modellvorhaben für Wohnungslose und  
994 von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, um ein langfristiges Wohnen jenseits der  
995 Notunterkunft zu ermöglichen
- 996 • die unbedingte Verhinderung von Zwangsräumungen auf die Straße ohne Bereitstellung  
997 einer angemessenen Notfallwohnung
- 998 • mehr kommunale Mittel für den kurzfristigen Ankauf von dringend benötigten Mietpreis- und  
999 Belegungsbindungen.

### 1000 **5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt**

1001 Mobilität bedeutet für DIE LINKE Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobil zu sein heißt für uns,  
1002 die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und  
1003 Energie gut zu erreichen. Wir wollen den Umweltverbund aus Fußverkehr, Fahrrad und öffentlichem  
1004 Nahverkehr stärken und die Stadt so gestalten, dass niemand mehr auf ein eigenes Auto  
1005 angewiesen ist. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb das öffentliche Mobilitätsangebot. Mobilität ist  
1006 Daseinsvorsorge!

1007 In den letzten Jahren konnte der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr in Leipzig weiter  
1008 an Bedeutung gewinnen. Trotzdem gibt es noch immer einen konstant hohen Anteil an Autoverkehr.  
1009 Um unser Ziel von sauberer Luft und leiseren Straßen zu erreichen, setzen wir weiterhin auf die  
1010 Stärkung des Umweltverbundes. Das bedeutet vor allem Kampf um eine auskömmliche  
1011 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau von Fahrradwegen und endlich eine

1012 Verbesserung der Fußwege. Mammutprojekte wie den Ausbau des Flughafens zum zentralen  
1013 Frachtflughafen der Bundesrepublik werden wir nicht unterstützen.

#### 1014 **5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken**

1015 Vorfahrt für Bus und Bahn – dafür wird DIE LINKE auch künftig konsequent streiten. In einer  
1016 Großstadt mit über 600.000 Einwohnern gibt es dazu keine Alternative, wenn wir Umwelt- und  
1017 Lebensqualität sowie Teilhabe für alle wollen. Dazu brauchen wir vor allem ein leistungsfähiges,  
1018 solide finanziertes Nahverkehrsunternehmen in kommunaler Hand, welches in Netz, Fahrpreis und  
1019 Fahrzeugen **attraktiv** unterwegs ist. Neue Wege der Finanzierung müssen nach jahrelangen  
1020 Diskussionen und Untersuchungen nun auch endlich in Angriff genommen werden. Neben der  
1021 Einforderung der Verantwortung von Bund und Land muss auch die Stadt selbst zusätzliches Geld,  
1022 über die Querfinanzierung durch die LVV hinaus, bereitstellen.

1023 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1024 • ein solidarisch finanziertes Bürgerticket, das allerdings durch einen entsprechenden  
1025 Bürgerentscheid legitimiert werden sollte
- 1026 • eine kostenlose ÖPNV-Nutzung für alle unter 18 Jahren und von Altersarmut betroffene  
1027 Seniorinnen und Senioren ab 70 Jahren, um ihnen ein autofreies Leben zu ermöglichen
- 1028 • eine Umgestaltung des Hauptbahnhofsvorplatzes mit Vorrang für Straßenbahn und  
1029 Fußgänger
- 1030 • die Erweiterung des Straßenbahnnetzes bis an die Stadtränder
- 1031 • eine bessere ÖPNV-Anbindung der Ortsteile, neuer Wohngebiete und touristischer Ziele, z.  
1032 B. durch Verlängerung der Linien 11 und 9
- 1033 • eine dichtere Taktung von Straßenbahnen und Bussen
- 1034 • den Ausbau des Busnetzes für eine bessere Anbindung von Wohnquartieren
- 1035 • eine schrittweise Umrüstung der Busflotte auf Elektromobilität
- 1036 • den Erhalt und die Preisstabilität der LeipzigPass-Mobilcard
- 1037 • die Sicherung stabiler, solider Finanzierungsgrundlagen für den ÖPNV, insbesondere für  
1038 einen auskömmlichen Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag
- 1039 • autofreie Sonntage im Stadtgebiet und gleichzeitige kostenlose Nutzung des ÖPNV
- 1040 • die Erstattung von Bahn- und Bustickets durch den Einzelhandel, anstelle von Rabatten auf  
1041 Parkgebühren.

#### 1042 **5.2. Fußverkehr fördern**

1043 Zu Fuß unterwegs zu sein, ist gesund und umweltfreundlich. Fußgänger beleben den öffentlichen  
1044 Raum, sie befördern die Attraktivität der Großstadt ebenso wie subjektives Sicherheitsempfinden.  
1045 In einer dicht bebauten, kompakten Stadt wird der Fußverkehr zunehmend ein wichtiger Teil der  
1046 Mobilität. Leider ist der Anteil der Wege, die zu Fuß bewältigt werden, in den letzten Jahren  
1047 zurückgegangen. Offensichtlich gibt es Hindernisse und Bedingungen, die das Zu-Fuß-Gehen  
1048 unattraktiv machen, so steht z. B. die Forderung nach breiten Fußwegen oft in Konkurrenz mit dem  
1049 Bedarf nach Stellplätzen. Fußgänger sind die „schwächsten“ Verkehrsteilnehmer und im  
1050 öffentlichen Raum vielfach besonders benachteiligt. Für sie gibt es in großen Teilen Nachholbedarf,  
1051 seien es die Fußwege selbst oder auch kombinierte Fuß-/Radwege oder Straßenquerungen. Dabei  
1052 gibt es gute Gründe, den Fußverkehr zu befördern, sei es persönliches Wohlbefinden oder die  
1053 Vermeidung von Lärm und Schadstoffen oder die kostengünstigere Infrastruktur.

1054 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1055 • die weitere Umsetzung des Konzeptes „Stadt der kurzen Wege“
- 1056 • die Erstellung einer kommunalen Fußverkehrsstrategie (inkl. Zebrastreifenprogramm für  
1057 neue, sichere Fußgängerüberwege)
- 1058 • die Umsetzung des Leipziger Fußwegesanierungsprogramms und die Einstellung  
1059 ausreichender finanzieller Mittel in die jeweiligen Haushaltsplanungen
- 1060 • die Vernetzung von Fußwegen zwischen wichtigen Zielen und Einrichtungen,
- 1061 • eine gute Begehbarkeit der Fußwege auch für Menschen mit Behinderungen und die  
1062 Beseitigung von Stolperquellen
- 1063 • die Gewährleistung der Nutzbarkeit der Wege zu allen Tages- und Jahreszeiten durch  
1064 ausreichende Beleuchtung **und zuverlässigen Winterdienst**
- 1065 • das Eindämmen von Falschparken auf Fußwegen, z. B. durch verstärkte Kontrollen
- 1066 • ein besseres Miteinander von Fußgängern und Radfahrern
- 1067 • die konsequente Entflechtung von Fuß- und Radverkehr, insbesondere in den  
1068 Kreuzungsbereichen
- 1069 • die Entschärfung von Baustellensituationen für Fußgänger
- 1070 • die Schaffung von Möglichkeiten zum Verweilen auf Bänken und an Fußwegen in  
1071 Grünanlagen
- 1072 • eine gute Zu-Fuß-Erreichbarkeit des ÖPNV
- 1073 • die Verbesserung der Straßenüberquerungsmöglichkeiten, z. B. beim Überqueren des  
1074 Innenstadtrings in einer Ampelphase
- 1075 • die konsequente Beachtung des Blindenleitsystems
- 1076 • eine Schaffung von Orientierungshilfen wie Wegweisungen oder Fußgängerstadtpläne.

### 1077 **5.3. Radverkehr ausbauen**

1078 Das Fahrrad ist inzwischen über 200 Jahre alt und ist trotzdem eines der modernsten  
1079 Verkehrsmittel im 21. Jahrhundert. Es ist leise, gesundheitsfördernd und in einer kompakten Stadt  
1080 wie Leipzig ein ideales Fortbewegungsmittel. Für DIE LINKE Leipzig gehört das Fahrrad zum  
1081 unverzichtbaren Teil des Umweltverbundes. Leider ist der Anteil des Radverkehrs in den letzten  
1082 Jahren nur leicht gestiegen, das ist vor allem den wenigen Investitionen in die Radinfrastruktur  
1083 geschuldet. Noch immer weist das Hauptwegenetz große Lücken auf, die es zu schließen gilt.

1084 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1085 • die Bereitstellung von mindestens 15 Prozent der Straßenbauinvestitionen für die Förderung  
1086 des Radverkehrs
- 1087 • die Erweiterung der Radfahrspuren auf allen Hauptstraßen
- 1088 • die konsequente Lückenschließung von Fahrradwegen, insbesondere um den Leipziger  
1089 Innenstadtring
- 1090 • die Schaffung von mehr Fahrradschutzstreifen, vor allem in den Ortschaften
- 1091 • die Eindämmung des Falschparkens auf Radwegen durch verstärkte Kontrollen, z. B. auf der  
1092 Karl-Liebknecht-Straße
- 1093 • eine kommunale Förderung von Elektro- und Lastenrädern
- 1094 • mehr Fahrradabstellmöglichkeiten und die Schaffung von Fahrradgaragen
- 1095 • einen zuverlässigen Winterdienst auf starkfrequentierten Radwegen
- 1096 • die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Radwege.

#### 1097 **5.4. Autoverkehr vermeiden**

1098 Mit zunehmendem Bevölkerungswachstum wächst auch die Zahl der PKW in Leipzig. Schon heute  
 1099 stößt das vorhandene Straßennetz an seine Kapazitätsgrenzen. Die Hauptverkehrsstraßen sind  
 1100 dreckig und laut. Gerade einkommensschwache Haushalte leben an diesen Hauptstraßen und  
 1101 leiden an den gesundheitlichen Folgen von Lärm und Dreck. Leipzig ist eine Gründerzeitstadt und  
 1102 hat nur eingeschränkten Platz im öffentlichen Raum, welcher allen zur Verfügung stehen sollte. Um  
 1103 das Verkehrschaos dennoch zu vermeiden, ist DIE LINKE davon überzeugt, dass eine Reduzierung  
 1104 des motorisierten Individualverkehrs im Vordergrund der Politik stehen muss. Davon würden vor  
 1105 allem die profitieren, die auf das Auto angewiesen sind, z. B. Handwerker, soziale Dienste und  
 1106 Taxen.

1107 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1108 • die Stärkung von Carsharing und die Ausweisung von Carsharing-Stellplätzen im  
 1109 öffentlichen Raum
- 1110 • die Weiterentwicklung der autoarmen Innenstadt und den Verzicht auf die Ausweitung der  
 1111 Einfahrtgenehmigungen
- 1112 • innovative Konzepte zur Verkehrsberuhigung in Wohnvierteln, z. B. durch Sackgassen- und  
 1113 Einbahnstraßensysteme
- 1114 • Lösungen der Parkplatznot in den Wohngebieten, u. a. durch konsequentes Einrichten von  
 1115 Anwohnerparkplätzen
- 1116 • den konsequenten Ausbau des Park-and-Ride-Systems
- 1117 • die Sanierung der vorhandenen Straßen statt Neubau
- 1118 • die Ausweitung von Geschwindigkeitsfestsetzungen auf 30 km/h auch auf Hauptstraßen
- 1119 • die Durchsetzung eines LKW-Durchfahrtsverbotes sofern es keine Ziele innerhalb der Stadt  
 1120 gibt
- 1121 • die Prüfung neuer logistischer Möglichkeiten für die Belieferung der Handelseinrichtungen in  
 1122 der City
- 1123 • eine Unterstützung der mittelständischen Unternehmen bei der mittelfristigen Umstellung  
 1124 auf E-Autos
- 1125 • die konsequente Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr und öffentlicher Raum.

#### 1126 **6. Wir alle sind Leipzig – Für eine aktive Bürgerstadt**

1127 Leipzig hat eine über 1000 Jahre alte, wechselvolle Geschichte. Diese ist für die Leipzigerinnen und  
 1128 Leipziger identitätsstiftend. Unsere Stadt hat sich in den vergangenen Jahrhunderten als weltoffene  
 1129 Bürgerstadt entwickelt, die tolerant, friedlich, engagiert und auch aufmüpfig ist. Diese Traditionen  
 1130 gilt es zu bewahren und weiterzuführen. Gerade Leipzigs Vielfalt ist eine Chance für Integration und  
 1131 ein friedliches Zusammenleben in der wachsenden Stadt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, allen  
 1132 Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, insbesondere jenen, die aus  
 1133 ihrem Herkunftsland flüchten mussten. DIE LINKE pflegt eine aufgeschlossene Willkommenskultur.  
 1134 Wir verstehen uns als konsequent weltoffene und tolerante Partei.

1135 In Leipzig beteiligen sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung des städtischen  
 1136 Lebens. Ein Bürgerentscheid hatte seinerzeit den Verkauf der kommunalen Stadtwerke verhindert,  
 1137 Bürgervereine und Initiativen setzen sich für die vielfältigsten Belange in ihren Ortsteilen ein.  
 1138 Für eine möglichst breite Bürgerbeteiligung muss es noch bessere Rahmenbedingungen geben. Auf  
 1139 Landesebene fordert DIE LINKE deshalb die Herabsetzung des Wahlalters in Kommunen auf 16

1140 Jahre, wie es in anderen Bundesländern selbstverständlich ist. Das Kommunalwahlrecht soll auf  
1141 Landes- und Bundesebene auch für lange hier lebende Menschen ohne deutschen Pass eingeführt  
1142 werden. Das hohe Quorum für Bürgerentscheide soll in Sachsen deutlich gesenkt werden.

### 1143 **6.1. Stadtgesellschaft lebt von der Mitwirkung der Bürger – auch im digitalen Zeitalter**

1144 Von demokratischer Teilhabe lebt die Stadtgesellschaft. Das ist in Leipzig gute Tradition und das hat  
1145 in einer wachsenden Stadt auch gute Perspektiven.

1146 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1147 • die Durchführung von Bürgerentscheiden zu politisch bedeutsamen Fragen wie die  
1148 Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV oder die Entscheidung über ein Freiheits- und  
1149 Einheitsdenkmal in Leipzig
- 1150 • die Aufwertung der Stadtbezirksbeiräte zu Ortschaftsräten, die von den Bürgerinnen und  
1151 Bürgern direkt gewählt werden und über konkrete Mitbestimmungsrechte verfügen
- 1152 • die verbindliche Berücksichtigung von Belangen der Ortschaftsräte im Stadtrat
- 1153 • eine angemessene und wirksame Budgetverwaltung für Stadtbezirksbeiräte bei  
1154 Stadtteilverhaben
- 1155 • die Einführung eines funktionsfähigen und verbindlichen Bürgerhaushaltes und eines  
1156 öffentlich nachvollziehbaren Haushaltsrechners
- 1157 • für eine transparente und bürgerfreundliche Informationspolitik der Stadtverwaltung

1158 Die Zahl der in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten wächst. Aber nicht nur  
1159 Geflüchtete, sondern vor allem Menschen aus EU-Staaten und Familienangehörige von  
1160 bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten finden den Weg in die Stadt, um hier zu leben.  
1161 Diese Entwicklung stellt sowohl Chance als Herausforderung dar. Dabei müssen Barrieren und  
1162 Hemmnisse abgebaut werden, um ein friedliches, vielfältiges Zusammenleben aller Menschen in der  
1163 Stadt zu ermöglichen.

1164 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1165 • die weitere Stärkung des Migrantenbeirats und die Schaffung der Möglichkeit der direkten  
1166 Wahl der Mitglieder des Beirats
- 1167 • die Förderung, Vernetzung und Qualifizierung von Selbstorganisationen, interkulturellen  
1168 Vereinen und (Ehrenamts)Initiativen der Geflüchteten-Unterstützung
- 1169 • die Stärkung und Förderung von Beratungsstellen, die im Bereich der Antidiskriminierung,  
1170 des Antirassismus und der Unterstützung von Opfern rechter Gewalt arbeiten
- 1171 • den konsequenten Einsatz der Stadt Leipzig gegen Antisemitismus, Rassismus und anderen  
1172 Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durch öffentliche Positionierung  
1173 sowie die Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten.

1174 Die Digitalisierung erfasst immer mehr individuelle Lebensbereiche. Für einen Großteil der  
1175 Menschen bringt die Digitalisierung Erleichterungen im Alltag, andere jedoch – insbesondere ältere  
1176 Menschen – können mit ihr kaum Schritt halten. Das Konzept der Smart City birgt darüber hinaus  
1177 die Gefahr, das urbane Alltagsleben immer mehr technokratisch zu beeinflussen oder den  
1178 Datenschutz auszuhöhlen.

1179 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1180 • barrierefreiere Online-Zugänge zur Stadtverwaltung, auch für Menschen mit geringen
- 1181 technischen und sprachlichen Kenntnissen
- 1182 • ein kostenloses WLAN im gesamten Leipziger Stadtgebiet
- 1183 • einen politisch verbindlichen Leitfaden zur digitalen Transformation der Stadt Leipzig
- 1184 • den Aufbau lokaler und dezentralisierter Online-Dienste und Apps gegen die Abhängigkeit
- 1185 von marktbeherrschenden Technologieunternehmen
- 1186 • Städtezusammenschlüsse zur Realisierung digitaler Bürgerprojekt.

## 1187 **6.2. Leipzig schreibt lebendige Geschichte**

1188 DIE LINKE ist den historisch gewachsenen demokratischen Traditionen unserer Stadt, insbesondere  
 1189 der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung, der Turn- und Sportbewegung und der  
 1190 Entwicklung der Kleingartenvereine verpflichtet. Die revolutionären sozialdemokratischen  
 1191 Traditionen in unserer Stadt wollen wir durch ein angemessenes Andenken an ihre Mitbegründer  
 1192 August Bebel und Wilhelm Liebknecht ehren.  
 1193 Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns besonders in  
 1194 der heutigen Zeit. Gerade angesichts der rechtspopulistischen Verharmlosung der Verbrechen des  
 1195 Faschismus wollen wir Orte des Gedenkens an Strukturen und Opfer, aber auch an den  
 1196 antifaschistischen Widerstand stärker betonen.

1197 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1198 • die Förderung von generationsübergreifender Geschichtsarbeit, bei denen die Aufarbeitung
- 1199 des Faschismus im Mittelpunkt steht
- 1200 • eine eigene Erinnerungskultur an die Opfer rechter Gewalt der Gegenwart.

1201 Der Umgang mit Gedenk- und Erinnerungsorten sowie die Benennung von Straßen, Plätzen und  
 1202 Schulen sind ein wichtiger Gegenstand identitätsstiftender Erinnerungskultur. Geschichte ist so  
 1203 nicht nur in den Museen, sondern im gesamten Stadtbild erlebbar. Unsere Stadt braucht diese Orte,  
 1204 um lebendig zu sein. Dabei ist Stadtgeschichte nicht allein die Geschichte der historischen  
 1205 Kernstadt. Sie ist auch die Geschichte der Stadt- und Ortsteile, die im Kontext zur Gesamtstadt  
 1206 steht.

1207 DIE LINKE setzt sich für eine Betrachtung der Vergangenheit aus verschiedenen Perspektiven und  
 1208 für eine offene Diskussion historischer Fragen ein. Einseitige Sichtweisen und verordnete  
 1209 Gedächtnisse haben es längst verdient, pluraler Erinnerungskultur zu weichen. Das gilt besonders  
 1210 für die Systemumbruch von 1989, der nun dreißig Jahre zurückliegt. Die Zahl derjenigen wächst, die  
 1211 keine eigene Erinnerung mehr damit verbinden. Es ist endlich an der Zeit, dass Bürgerinnen und  
 1212 Bürger selbst über ein Einheits- und Freiheitsdenkmal in Leipzig entscheiden. Dafür setzen wir uns  
 1213 weiterhin ein.

## 1214 **6.3. Kultur auf allen Ebenen**

1215 Das wertvolle und in seiner Vielfalt einmalige Kulturleben Leipzigs muss erhalten und entwickelt  
 1216 werden. Dazu sollen Verlässlichkeit und hinreichende Zuschüsse für die Stabilität bewährter  
 1217 Strukturen im Bereich der Eigenbetriebe Kultur sorgen.

1218 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1219 • eine stabile Zuschussvereinbarung der Stadt Leipzig mit ihren Eigenbetrieben Kultur
- 1220 • die finanzielle Absicherung der städtischen Kultureinrichtungen
- 1221 • die Vertiefung der Zusammenarbeit der großen Häuser mit Schulen, Bildungseinrichtungen
- 1222 und der Freien Szene
- 1223 • sozialverträgliche Eintrittspreise
- 1224 • die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Subunternehmen der
- 1225 Eigenbetriebe Kultur (z. B. Garderobe, Sicherheitspersonal)
- 1226 • eine Verdopplung des Etats für die Freie Szene und eine dynamische Erhöhung dieses Etats
- 1227 um jährlich fünf Prozent.

1228 Das Schwerpunktthema kulturelle und ästhetische Bildung muss weiterentwickelt werden. Kinder  
1229 und Jugendliche brauchen Teilhabe an Kultur. Ohne sie fehlen ihnen wichtige Kompetenzen. Das  
1230 kann nicht nur einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entgegenwirken,  
1231 sondern begünstigt letztlich sogar Ausgrenzung. Deswegen muss Kultur allen möglichst überall in  
1232 der Stadt zugänglich gemacht werden.

1233 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1234 • freien Eintritt für alle Dauerausstellungen der städtischen Museen
- 1235 • die Einrichtung eines zusätzlichen Budgets und eine spezifische Fachförderrichtlinie für die
- 1236 Zusammenarbeit von Freien Kulturakteurinnen und -akteuren mit Bildungseinrichtungen wie
- 1237 Kitas, Schulen und Horten
- 1238 • die Umsetzung der Richtlinie Kunst am Bau bei allen kommunalen Bauvorhaben, besonders
- 1239 bei Schulen und Kitas
- 1240 • die Umsetzung einer Strategie für Kunst im öffentlichen Raum
- 1241 • kulturelle Vielfalt als Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft
- 1242 • den Ausbau von kulturellen Bildungs- und Vermittlungsangeboten, einschließlich der
- 1243 entsprechenden Honorare für die unterschiedlichen Zielgruppen unserer zunehmend
- 1244 diversen Stadtgesellschaft sowie die Stärkung und Förderung von kulturellen Vorhaben von
- 1245 Migrantinnen und Migranten
- 1246 • die Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommunaler Einrichtungen und
- 1247 Tochtergesellschaften im Bereich interkulturelle Kompetenz.

1248 Um kulturelle Vielfalt zu sichern, brauchen Kulturschaffende Räume. Diese werden in Leipzig aber  
1249 zunehmend knapp und teuer. Stadteigene Gebäude sollen je nach aktuellem und langfristigem  
1250 Bedarf kulturell weiter genutzt werden. Dazu zählen auch leerstehende Gebäude wie ehemalige  
1251 Gemeindeämter, Rathäuser und Bibliotheken. Diese müssen dazu in städtischer Hand bleiben.

1252 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1253 • beteiligungsorientierte und nachbarschaftsorientierte Konzepte wie die Nutzung des „Kinos
- 1254 der Jugend“ als Soziokulturelles Zentrum und der „Ostwache“ als Raum für Kulturschaffende
- 1255 • einen Maßnahmenplan, um preiswerte Atelier- und Probenräume langfristig in Leipzig zu
- 1256 sichern
- 1257 • ein Konzept zur Umnutzung von kommunalen Gebäuden in Atelierräume, um Leipzig als
- 1258 Kunstort zu erhalten und die Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern bei der
- 1259 Raumsuche

- 1260 • die Sanierung des Bandhaus 2.0 der Bandcommunity, um mehr Proberäume zu schaffen und
- 1261 Schäden am Gebäude zu verhindern.
- 1262 • die Unterstützung bei der Realisierung eines Filmkunsthauses, um Filmkunst langfristig in
- 1263 Leipzig zu sichern
- 1264 • die finanzielle Absicherung des traditionsreichen DOK-Filmfestivals.

1265 Für DIE LINKE heißt Digitalisierung vor allem auch Medienbildung. Wir brauchen dafür  
 1266 pädagogische Konzepte und die entsprechende Ausstattung von Schulen und kulturellen  
 1267 Einrichtungen. Wir wollen digital erlebbare Museen. Die Volkshochschule und die städtischen  
 1268 Bibliotheken sollen an dieser Entwicklung beteiligt werden und Weiterbildungen speziell für  
 1269 Pädagoginnen und Pädagogen anbieten. In der wachsenden Stadt müssen wir die Bibliotheken  
 1270 erhalten. Denn eine Gesellschaft ohne Bibliotheken hat keine Zukunft.

1271 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1272 • die Digitalisierung des Bestandes der Museen
- 1273 • ein Nutzungskonzept eCulture
- 1274 • den Ausbau der Stadtteilbibliotheken in Paunsdorf, Schönefeld, am Runkiplatz und in der
- 1275 Südvorstadt nach dem Vorbild der Georg-Maurer-Bibliothek in Plagwitz
- 1276 • den Erhalt der Bibliothek in Holzhausen
- 1277 • die Ausstattung der Bibliotheken durch digitale Angebote und
- 1278 die Förderung von E-Learning
- 1279 • die Aufstockung des Medienetats und die Absicherung des Personals inklusive der
- 1280 Medienpädagogik.

1281 Mit dem Bildungszentrum Grünau werden Stadtteilbibliotheken und Bürgeramt zentralisiert. Wir  
 1282 setzen uns für eine auskömmliche finanzielle Untersetzung des Bildungszentrums ein, damit in  
 1283 Grünau ein Ort der Kultur und Bildung bestehen bleibt. In der Volkshochschule und der Musikschule  
 1284 müssen dringend die Honorare der Dozentinnen und Dozenten angepasst werden, um eine faire  
 1285 Bezahlung abzusichern. Bürokratische Hürden für einen Mehrverdienst freier Mitarbeiter müssen  
 1286 dabei reduziert werden. Außerdem sollen möglichst viele Honorarstellen in feste Stellen  
 1287 umgewandelt werden. Seit langem fordern wir ein Sportmuseum. In der kommenden Wahlperiode  
 1288 muss der Plan dazu endlich umgesetzt werden.

#### 1289 **6.4. Für eine sportliche Zukunft – von der Breite bis zur Spitze**

1290 Fast dreiviertel aller Leipzigerinnen und Leipziger sind sportlich aktiv, davon sind etwa  
 1291 hunderttausend als Mitglieder in Leipziger Sportvereinen organisiert. In der wachsenden Stadt  
 1292 steigen auch die Anforderungen an den organisierten und individuellen Sport. Deshalb stehen wir  
 1293 für die weitere Ertüchtigung der Sportinfrastruktur in Leipzig. Die dafür im Sportprogramm 2024  
 1294 und im Integrierten Stadtentwicklungskonzept „Leipzig 2030“ (INSEK) vorgesehenen Maßnahmen  
 1295 müssen finanziell untersetzt werden.

1296 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1297 • den Neubau einer wettkampfeigneten Sporthalle in Böhlitz-Ehrenberg
- 1298 • den Neubau von Sportplatzanlagen, insbesondere in den Stadtbezirken Ost, West, Nord und
- 1299 Süd
- 1300 • den Neubau mindestens einer Schwimmhalle, bevorzugt im Stadtbezirk Süd

- 1301 • die weitere Sanierung Leipziger Sportstätten (insbesondere der Radrennbahn, der Anlagen  
1302 im Stadion des Friedens, im Alfred-Kunze-Sportpark, im Bruno-Plache-Stadion und auf der  
1303 Sportanlage Teichstraße)
  - 1304 • Neubau und Ertüchtigung von Sport- und Freizeitanlagen im öffentlichen Raum, so  
1305 wohnortnahe Bolzplätze, Skateboard-, Boulder- und Bike-Anlagen sowie Trimm-dich-Pfade  
1306 und Spielangebote
  - 1307 • Maßnahmen, die eine längere Nutzung von Sportplatzanlagen ermöglichen wie  
1308 Kunstrasenplätze und Beleuchtungsanlagen
  - 1309 • die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Bodenbeläge sowie die Erweiterung der  
1310 Radewegeverbindungen, einschließlich Lückenschließung
  - 1311 • eine bessere personelle Begleitung der Sportvereine bei baulichen Investitionen durch die  
1312 Verwaltung
  - 1313 • eine angemessene und dem jeweiligen Bedarf angepasste Förderung der Pachtvereine zur  
1314 Unterhaltung und Ertüchtigung der Sportflächen
  - 1315 • mehr Hallen- und Platzwarte auf den Leipziger Sportanlagen durch Schaffung von  
1316 30 festen Stellen.
- 1317 Zur Sportstadt Leipzig gehört ein leistungsfähiger Spitzensport. Deshalb setzen wir uns ein für:
- 1318 • den Erhalt des Olympiastützpunktes in Leipzig
  - 1319 • die Sicherung der Trainingsstätten für den Hochleistungssport, insbesondere den  
1320 Schwimmsport
- 1321 Die Voraussetzungen für Spitzenleistungen im Hochleistungssport werden im Schul- und  
1322 Breitensport geschaffen. Vom Kleinkindalter an ist Sport eine wichtige Basis für ein gesundes  
1323 Leben.
- 1324 Deshalb setzen wir uns ein für:
- 1325 • die infrastrukturelle Gewährleistung und Absicherung des lehrplangerechten Schulsports
  - 1326 • mehr Bewegungsangebote für Kleinkinder und Kinder in Kitas, Schulhorten und  
1327 Sportvereinen
  - 1328 • geförderte Kooperationen zwischen (Grund-)Schulen, Kitas und Sportvereinen
  - 1329 • die Nutzung der Schulsportinfrastruktur durch den organisierten Sport und Öffnung für  
1330 nichtorganisierten Freizeitsport
  - 1331 • die Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen den Leipziger Hochschuleinrichtungen  
1332 und den Leipziger Sportvereinen.
- 1333 Sport verbindet. Er bietet Möglichkeiten und Chancen für Integration und ein faires Miteinander.
- 1334 Deshalb setzen wir uns ein für:
- 1335 • ein besser gefördertes Ehrenamt in den Leipziger Sportvereinen u. a. angesichts der  
1336 Herausforderungen von Integration und Inklusion
  - 1337 • den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport beispielsweise für  
1338 Migrantinnen und Migranten sowie für Menschen mit Behinderungen erschweren.

## 1339 **6.5. Moderne und bürgernahe Verwaltung**

1340 Den Anforderungen einer wachsenden Stadt in einer zunehmend digitalisierten Welt muss sich auch  
 1341 die Leipziger Stadtverwaltung stellen. Die Entwicklung der Verwaltung muss dem realen Wachstum  
 1342 der Stadt entsprechen. Die Personalvorgaben des Freistaats, die diese Fakten nicht  
 1343 berücksichtigen, können dafür keine Grundlage sein. Ständige Mehrarbeit, Arbeitsverdichtung und  
 1344 Überlastung des Personals können nicht länger hingenommen werden. Denn zufriedene  
 1345 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht nur zufriedene Bürgerinnen und Bürger, sie sorgen auch  
 1346 für zufriedene Bürgerinnen und Bürger.

1347 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1348 • die solide Ermittlung des künftigen Personalbedarfs
- 1349 • ein modernes Personalentwicklungskonzept, das die Attraktivität der städtischen  
 1350 Arbeitsplätze erhöht
- 1351 • eine offensive Personalgewinnung in Bereichen, wo akuter Personalmangel herrscht
- 1352 • die nahtlose Wiederbesetzung freiwerdender Stellen
- 1353 • ein Nachfolgemanagement für Aufgaben mit besonderen Qualifikationen und  
 1354 Erfahrungswissen
- 1355 • die Nutzung moderner digitaler Technik nicht für die Streichung von Stellen, sondern als  
 1356 Chance für bessere Arbeitsbedingungen und hochwertige Dienstleistungen
- 1357 • eine moderne IT-Steuerung zur schnelleren, transparenteren und bürgerfreundlicheren  
 1358 Gestaltung von Verwaltungsvorgängen
- 1359 • einen städtischen Betriebskindergarten
- 1360 • die Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements
- 1361 • die Stärkung der kommunalen Ansprechpartner vor Ort, vor allem der Bürgerämter

1362 Die zunehmende Internationalität unserer Stadt stellt auch in der Verwaltung das Personal vor  
 1363 große Herausforderungen. Um diese zu meistern und um Migrantinnen und Migranten besser  
 1364 einzubeziehen, setzen wir uns ein für:

- 1365 • die wirksame Umsetzung der Maßnahmen zur Integration und Teilhabe von Migrantinnen  
 1366 und Migranten
- 1367 • einen höheren Anteil von Migrantinnen und Migranten in verantwortlichen Positionen der  
 1368 Stadtverwaltung
- 1369 • die gezielte Gewinnung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund für  
 1370 Ausbildungsberufe innerhalb der Stadtverwaltung
- 1371 • den Einsatz von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern im Gesundheitswesen, in Behörden,  
 1372 Ämtern und Bildungseinrichtungen
- 1373 • Fortbildungsmaßnahmen für Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter und  
 1374 Pädagoginnen und Pädagogen zum Erwerb interkultureller Kompetenz.

1375 Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,

1376 vielen Dank für Ihr Interesse am Kommunalwahlprogramm der LINKEN. Wie eingangs schon erwähnt, bilden  
 1377 diese Aussagen auch das Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat. Es ist inhaltlich  
 1378 anspruchsvoll und zugleich realistisch. Es zeigt klare Perspektiven für unsere Stadt in den nächsten fünf  
 1379 Jahren. Daher möchten wir mit Ihnen nicht nur in der vergleichsweise kurzen Wahlkampfzeit, sondern auch  
 1380 danach im Dialog bleiben, um Sie davon zu überzeugen:

1381 **DIE LINKE ist eine Partei für den Alltag, nicht nur für den Wahltag.**

**Materialienheft 1 zur 3. Tagung des 6. Stadtparteitages  
von DIE LINKE. Leipzig am 16. Februar 2019**

**Impressum**

Herausgeberin: DIE LINKE. Leipzig  
Liebknecht-Haus  
Braustraße 15  
04107 Leipzig

Satz: Kay Kamieth  
Redaktionsschluss: 22.01.2019